

# >> **EURORETTUNG NUR MIT GREEN NEW DEAL**

ABHÄNGIGKEIT VON FOSSILEN ENERGIETRÄGERN UND NICHT-ERNEUERBAREN ROHSTOFFEN MITVERANTWORTLICH FÜR DIE ÖKONOMISCHE INSTABILITÄT VIELER EUROLÄNDER <<

verfasst von Sven Giegold und Sebastian M. Mack, ohne Erscheinungsdatum <sup>1</sup>

und

## **Das G20-Gipfeltreffen in Hamburg** <sup>2</sup>

### Anmerkungen

von

Tristan Abromeit

[abromeit@t-online.de](mailto:abromeit@t-online.de)  
[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Juli 2017

### Text 149.0

Anhang: Text 149.1

- a) Denk-Zettel zur Energiepolitik, erstellt im September 1977 von T.A. als Mitglied des Landesfachausschusses Wirtschaft der Niedersächsischen FDP
- b) Brief vom 4.1. 71 an Herrn Dr. Wilhelm Nölling M.A., MdB, zum Thema Bodenrecht auf Anlass der NDR-Sendung „Deutsches Forum - Gedanken zur Politik der Gegenwart“
- c) Aktuelle Nachricht zum Thema *Grundsteuerreform*
- d) Endnote und Anmerkungen zum Thema Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg zur Seite 36 im Haupttext 149.0.
- e) Anmerkungen zur Freiwirtschaftsschule

---

<sup>1</sup> Der Hinweis auf diese Arbeit unter <http://www.sven-giegold.de/2012/neues-arbeitspapier-eurorettung-nur-mit-green-new-deal/> ist vom 25. April 2012.

### **2 „7. und 8. Juli 2017 Das G 20-Gipfeltreffen in Hamburg**

Die Bundesrepublik Deutschland hat turnusgemäß im Jahr 2017 den Vorsitz der Gruppe der Zwanzig (G20) inne. Die G20 versammelt die größten Industrienationen und Schwellenländer. Der jeweilige Vorsitz lädt - neben Treffen von Fachministern - auch zu einem Gipfeltreffen auf höchster Ebene ein. Der genaue Ort dieses G20-Gipfels wird vom jeweiligen Staats- und Regierungschef des Vorsitzlandes festgelegt. Das Gipfeltreffen 2017 wird auf Vorschlag von Bundeskanzlerin Angela Merkel am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg stattfinden.“

<http://www.hamburg.de/g20-gipfel/hintergrund/>

Diese Meldung ist inzwischen Vergangenheit. Das Ergebnis und die friedlichen Demonstrationen wurden von den Exessen der Gewalt in den Schatten gestellt.

## Vorbemerkungen:

Ich habe die o. g. Schrift neulich von dem grünen Ratsmitglied und unserem Hausarzt Dr. *Godehard Kass* mitgenommen. Sein politisches Schwerpunktthema ist der Klimawandel, die Gewinnung nicht-fossiler Energie und damit die Überwindung der Abhängigkeit von Kohle, Öl und sicher auch von der Atomenergie.

*Sven Giegold* ist mir als Politiker eine positive Erscheinung. Ich habe ihn einmal persönlich in einer Tagung der Ev. Akademie Loccum erlebt. Einen Kommentar von mir zu seiner Veröffentlichung „**Kurzstudie: Hochzeit für Geldverbesserer**“ ist auf seiner Internetpräsentation zu finden:

<http://www.sven-giegold.de/2014/kurzstudie-hochzeit-fuer-geldverbesserer/>

Sebastian M. Mack ist mir nicht bekannt. Hier <http://www.sven-giegold.de/service/mein-team/> wird er als Mitarbeiter von Sven Giegold ausgewiesen.

Gestalterisch macht die Schrift einen ordentlichen Eindruck. Für meine Augen sind die Grafiken allerdings in einem zu kleinen Maßstab eingefügt. Finanziert wurde die Schrift durch die Fraktion Die Grünen / EFA im Europäischen Parlament. (Ich erinnere mich an die Zeit der Anfänge der GRÜNEN, in der jedes bedruckte Blatt aus der eigenen Geldbörse der Aktivisten bezahlt werden musste.) Da die Schrift noch vertrieben ist, gehe ich davon aus, dass der Erkenntnisstand der Autoren zu diesem Thema von 2012 auch der heutige ist, was aber nicht zwangsläufig so sein muss. Das aber ändert nichts an der Diskussionswürdigkeit dieser Veröffentlichung.

## Der Zeitpunkt meiner Auseinandersetzung mit den im Titel genannten Themen

Ich hatte gerade die ersten Absätze zum Thema Green New Deal geschrieben, da schob sich das Thema *G20-Treffen in Hamburg* durch die Medienmeldungen und E-Mail-Eingänge in meinem Kopf so in den Vordergrund, dass der begonnene Text zum Green Deal in den Hintergrund gedrängt wurde. Ich habe dadurch „mitten im Rennen die Pferde gewechselt“ den Themenschwerpunkt verschoben. Als ich dann mit dem G20-Thema fertig war, habe ich überlegt, ob es nicht besser wäre, aus meinem aktuellen Schreibvorhaben zwei Texte zu ma-

chen. Ich habe mich dagegen entschieden, weil ich einen Zusammenhang in den Titelthemen sehe. Das Thema 1 im Titel ist dadurch – bis auf die Vorbemerkungen - jetzt im Text das Thema 2 geworden. Dabei bilden 1 und 2 keine Rangfolge.

## Meine Anmerkungen zum Thema G 20-Treffen in Hamburg

Ich selber erhielt von Mehr Demokratie e.V. (MD) eine Aufforderung, auch nach Hamburg zu fahren, um den Protest gegen die Zustände in der Ökonomie in der Welt zu verstärken.

Ich habe u. a. geantwortet:

... vielen Dank für die Nachrichten über die Demo"front" in Hamburg. Ich habe mehrfach gegenüber Mitgliedern von MD begründet, warum ich in Hamburg nicht dabei bin. Das Alter und gesundheitliche Einschränkungen sind das eine, die mangelnde Klarheit der Demo-Ziele trotz eindeutiger Parolen sind das andere. Das sind aber Überlegungen, die eine Gruppe nicht diskutieren kann, wenn sie in der Bahn zu einem Ziel läuft und einen guten Platz erreichen will. Also kann ich im Moment allen Beteiligten nur Mut und Erfolg wünschen, besonders jenen, die unter der Fahne von MD marschieren. In den Nachrichten habe ich gesehen, dass Frontfrauen und -männer der GRÜNEN auch mit von der Partie sind. Diese demonstrieren sozusagen gegen sich selbst, denn die Grünen wurden auch gegründet, um die alten ökonomischen Probleme, die auch die heutigen sind, zu lösen. Sie haben sich aber sehr schnell in die Reihen der Verursacher und Wahrer der ökonomischen Probleme eingereiht, natürlich nicht aus Böswilligkeit, sondern weil sie mehrheitlich von(unterschiedlichen) falschen Vorstellungen über die Ökonomie besetzt waren und sind.

Dass ich für Volksabstimmungen bin, geht schon daraus hervor, dass ich die Gruppen, die sich um dieses Thema bemühen, schon von Anbeginn gedanklich begleite. Der Grund liegt nicht nur darin, dass im Grundgesetz "Abstimmungen" ein Instrument der politischen Willensbildung sind, sondern auch darin, dass das theoretische Monopol der Volksvertreter (Legislative), das praktisch heute bei der Exekutive liegt, durch die direkte Demokratie eingeschränkt werden muss. Der Verrat des Grundgesetzes (Art. 146) und der Vorenthalt des Verfassungsgebungsrechtes der Deutschen in ihrer Gesamtheit, der durch die Gestaltung des Begräbnisses des Ex-Kanzers Helmut Kohl wohl vergessen gemacht werden sollte, ist der beste Beweis für die Notwendigkeit der direkten Demokratie. (Mein Eindruck war, dass die politische Klasse mit der Beerdigung von Kohl ihr politisches Versagen beerdigen wollte, um sich dem Volk gegenüber weiterhin als die Guten präsentieren zu können.)

Wenn einer auf die Idee kommen würde, eine wissenschaftliche Arbeit über die Ziele der verschiedenen Protestgruppen zu fertigen, dann wäre sicher das Ergebnis, dass da in Hamburg viel Unvereinbares oder Gestriges in (gottlob nicht geschlossenen) Reihen marschiert. Für nicht wenige Demonstranten dürfte *Demokratie* ein Tarnname für die *Diktatur des Proletariats*

(was immer man darunter verstehen mag) sein. Andere werden um den Erhalt des Kollektivismus in Form, des Sozialstaats kämpfen. Dabei ist der Sozialstaat in der jetzigen Form ein untaugliches Mittel den Kapitalismus zu bekämpfen. Sozial ist ein Staat, wenn sich seine Bürger selber helfen können und wenn er für eine Leistungsgerechtigkeit und ökonomische Sicherheit sorgt. ...

Es ist sicher ein größeres Vergnügen in der Masse zu marschieren, die "eindeutig bösen Gegner" vor sich zu haben und selber zu den Gerechten zu gehören, als allein vorm PC zu sitzen, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, was der richtige Weg und das richtige Ziel ist. Ich muss jedenfalls zu den Anstrengungen des Denkens, das Gefühl der Nutzlosigkeit meines Bemühens verkraften.

Gestern, als ich in unserem Mini-Supermarkt war, fiel mein Blick auf die Ausgabe Nr. 27 des SPIEGELS. Auf der Titelseite ist ein „Wolfskopf“ abgebildet mit der Erde zwischen den Reißzähnen. Eine Hand, die nach der Erde ohne Aggression greift, wird vom Wolf knurrend zurückgewiesen. Die Schlagzeilen lauten:

Globalisierung außer Kontrolle

Traut Euch!

Radikal denken, entschlossen handeln – nur so ist die Welt zu retten

Alexander Jung liefert mit der Titelgeschichte ein gutes Stimmungsbild von der Lage und bleibt nicht nur im Negativen hängen. Es ist ja nicht so, dass alle Menschen unberührt in die nächste noch größere globale Katastrophe laufen. Auch dürfte das Unbehagen, das an dem nationalen und internationalen Zustand der Sozialökonomie besteht, nicht nur auf der Seite des Protestes und der schweigenden Mehrheit bestehen, sondern auch bei den Teilnehmern der G20-Tagungen in Hamburg selbst. Es ist aber so, als würden alle im Nebel wandern und den Weg zur Auflösung der Krise nicht finden. Auch die Journalisten, die sich genötigt sahen, sich gegen den Vorwurf zu wehren, sie seien Teil der Lügenpresse, dringen nicht bis zum Kern der Probleme durch. (Und da klingt es schon anmaßend, wenn ich glaube, etwas zum Themenkomplex sagen zu können.)

Alexander Jung leitet seinen Beitrag im SPIEGEL (27/2017 ab Seite 14) wie folgt ein:

### **Selbstbetrug mit System**

*G20 In Hamburg sammelt sich der Protest gegen die Ausbeutung von Mensch und Natur und gegen die Auswüchse des Finanzkapitalismus. Es ist radikales Umdenken nötig, um die Probleme der Menschheit zu lösen.*

Es gibt Skandale, die klingen so vertraut, dass sich kaum einer mehr richtig darüber aufregt. Kurz zur Erinnerung: Alle zehn Sekunden verhungert auf

der Erde ein Kind - obwohl es Nahrung für 10 bis 12 Milliarden Menschen gibt und 7,5 Milliarden auf der Erde leben. Fast 800 Millionen gelten als extrem arm - während so viel Geld in der Welt ist wie nie zuvor. Energie wird zu 81 Prozent durch Verbrennen von Kohle, Gas und Öl erzeugt - obwohl diese Praxis die Erde erwärmt und mit Solar- und Windkraft ausgereifte Alternativen bereitstehen.

Wenn sich die Mächtigen der G-20-Staaten am kommenden Wochenende in Hamburg treffen, haben sie es in der Hand, einige Widersprüche aufzulösen, sie zumindest aber zu entschärfen. Denn sie haben die Gegensätze zum größten Teil selbst verursacht.

Die G 20 repräsentieren zwei Drittel der Erdbevölkerung, gut drei Viertel der globalen Wirtschaftsleistung, vier Fünftel der Treibhausgasemissionen - und sie sind das Feindbild der Globalisierungskritiker. „Die G 20 sind Teil des Problems und nicht der Lösung“, sagt Werner Rätz, Mitbegründer von Attac in Deutschland, dem globalisierungskritischen Netzwerk. Deshalb organisiert Rätz in Hamburg den Protest. Damit kennt er sich aus.

Rätz ist 65 Jahre alt, weißer Bart, die Haare schulterlang: ein Veteran der linken Bewegung. In der CDU war er aktiv, bei den Grünen, den Linken, doch Parteipolitik ist nicht sein Ding, hat er festgestellt. Rätz bevorzugt die außerparlamentarische Aktion. Im Sommer 1982 meldete er in Bonn eine Friedensdemonstration an, Anlass war ein Nato-Gipfel. Schätzungsweise 450000 Menschen versammelten sich in den Rheinauen, die „Tagesschau“ berichtete darüber 16 Sekunden: „Das waren Dimensionen, die heute unvorstellbar sind.“

Und weiter:

Offensichtlich erreicht die Globalisierungskritik das Establishment. Die bürgerliche Mitte empfindet Unbehagen daran, in welche Richtung sich die Welt entwickelt. Wenn Papst Franziskus, sofern er zu dieser Mitte gehört, in seiner Enzyklika „Laudato si“ das „Stöhnen der Schwester Erde“ beklagt, dann liest sich dies wie urgrüne Kapitalismuskritik. Und Dennis Snower, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, einst Hort des Marktliberalismus, beschäftigt heute die Frage, ob der Zusammenhalt der Gesellschaft gefährdet ist: „Die soziale Entwicklung entkoppelt sich vom wirtschaftlichen Fortschritt“, fürchtet er.

Aus dem rechten Lager tönt ebenfalls Globalisierungskritik, allerdings mit ganz anderer Stoßrichtung. Die autoritären Populisten wollen den Welthandel nicht gerechter gestalten, sie lehnen ihn rundheraus ab. Sie streben danach, die Volkswirtschaft vor ausländischer Konkurrenz zu schützen, internationale Kooperationen sind verpönt. Und damit kommen sie bei vielen gut an, die sich als Globalisierungsverlierer betrachten.

Es wirkt so, als bekäme die Linke Applaus von der falschen Seite, als formiere sich hier eine eigentümliche Allianz zwischen rechten Standortnationalisten und linken TTIP-Gegnern. Eine Querfront? Die Vorstellung weist Attac ausdrücklich von sich, sie seien keine Protektionisten, ihnen gehe es um Gerechtigkeit.

Die urgrüne Kapitalismuskritik wurde schon im Gründungsstadium der grünen Partei von

den marxistisch und sozialdemokratisch orientierten Mitgliedern der GRÜNEN für die Neumitglieder und für die Öffentlichkeit durch unfaire Methoden unsichtbar gemacht. Ein Dokument zu der urgrünen Kapitalismuskritik ist hier einzusehen:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Grueene%201980%20neu%2012.%202003.pdf>

Nach der Zwischenüberschrift **Das Problem** ist u. a. zu lesen:

Radikal ist schon die Diagnose, die der Münchner Soziologe Stephan Lessenich stellt: Die Bürger im Norden lebten auf Kosten der Menschen im Süden, sagt er, sie lagerten die schmutzigen Teile der Produktion einfach zu ihnen aus. Für uns „werden Ressourcen gefördert, Giftstoffe freigesetzt, Abfälle gelagert, Landstriche verwüstet, Sozialräume zerstört, Menschen getötet“, wirft er den Verbrauchern vor: „Unser Überfluss raubt anderen die Lebensgrundlage.“

Lessenich ist Ungleichheitsforscher, ein schlanker Mann Anfang fünfzig, verwaschene Jeans, T-Shirt, zwei Umhängetaschen über der Schulter. Der Wissenschaftler hat in München den Lehrstuhl von Ulrich Beck übernommen, dem Doyen der deutschen Soziologie, der vor zweieinhalb Jahren überraschend verstarb. Die Verwerfungen der kapitalistischen Weltgesellschaft sind es, die beide beschäftigt haben. Aber Lessenich ist kompromissloser.

Deutschlands ökonomischer Erfolg beruhe darauf, dass anderswo Mensch und Umwelt ausgebeutet würden. „Wir leben nicht über unsere Verhältnisse“, so Lessenich, „wir leben über die Verhältnisse anderer.“ Der Professor verzichtet darauf, die Diagnose einer „Externalisierungsgesellschaft“ empirisch breit mit Ökobilanzen zu unterfüttern, seine Belege sind meist anekdotisch.

Da ist zum Beispiel die Sache mit den Kaffeekapseln. Die Deutschen verbrauchten 2016 rund 5000 Tonnen davon. Für den kurzen Koffeinkick würden in Brasilien Regenwälder gerodet, damit Minenfirmen dort Bauxit abbauen können, das unter großem Energieeinsatz zu Aluminium verarbeitet wird - auch zur Herstellung solcher Kapseln, empört sich Lessenich: „Wir haben uns aufs Gewinnen spezialisiert und die anderen aufs Verlieren festgelegt.“

Das ist ziemlich schwarz-weiß gemalt, Lessenich ist das bewusst, als Wissenschaftler sei ihm auch etwas unwohl dabei, räumt er ein. Aber er wolle einen Punkt setzen, für jeden verständlich, deshalb der polemische Ton. Damit freilich macht er sich angreifbar.

Man könnte die Weltlage nämlich auch ganz anders sehen, hoffnungsvoller und chancenreicher, trotz der Globalisierung. Vielleicht sogar ihretwegen.

Dem Soziologen Stephan Lessenich ist darin zuzustimmen, dass eine Aufklärung über die ökonomische Problemlage bei uns und anderswo nicht allein mit wissenschaftlichen Diagnosen und Analysen gelingen kann, schon deshalb nicht, weil es immer eine Minderheit ist, die deren Schlüssigkeit verstehen und überprüfen kann. Bildhafte Beispiele können da hilfreich sein und auch Polemik, wenn sie nicht eine Verdrehung der Wahrheit ist, muss erlaubt sein.

Die ökonomische Ungerechtigkeit zwischen den Völkern ist nicht wegzuleugnen, aber diese ist ein vergrößertes Spiegelbild von dem, was auch innerhalb der „Wohlstandsländer“ vorzufinden ist. Und das Bild, dass wir auf Kosten der ärmeren Völker leben, ist ein Zerrbild. Es lässt außer Betracht, dass unser Wohlstand den Preis einer disziplinierenden, die Lebenslust reduzierender Arbeitsmoral hat und auch die Art, wie der wirtschaftliche Sektor organisiert ist, spielt eine große Rolle. Als Soziologe sollte man doch nicht blind gegen diese Unterschiede sein. Da sich aber in dem Zustand der nationalen und in der internationalen Ökonomie der Zustand der Wirtschaftswissenschaft ausdrückt, wäre es doch angebracht, dass die Soziologen bei den Ökonomen auf den Tisch klopfen oder diese durch eigene Forschungen zur Ökonomie unter Druck setzen. Aber Wissenschaftler, die über den eigenen Tellerrand hinausschauen, gibt es wohl zu wenig. Der verstorbene Dieter Suhr war so einer. Siehe dazu: <http://www.dieter-suhr.info/de/>

Unter der Zwischenüberschrift **Die Unternehmen** ist u.a. von Alexander Jung zu lesen:

... Die Menschen dienen den Unternehmen - es müsse umgekehrt sein, meint Christian Felber. Und deshalb macht er in seinen Vorträgen gelegentlich einen Kopfstand. Das Wirtschaftssystem stehe kopf, will Felber damit sagen, es müsse auf die Füße gestellt werden. An diesem Vormittag in Berlin verzichtet Felber auf das Kunststück, der Moderator drückt aufs Tempo. Felber sitzt in einer Runde des T-20-Gipfels, T wie Thinktank und wie C 20 ebenfalls ein Vorbereitungstreffen, hochkarätig besetzt: Nobelpreisträger, Konzernchefs, Bundesminister. Und dazwischen Felber, rotblonder Bart, Hemdsärmel aufgekrempelt, den grünen Rucksack über der Schulter. Der Mann fällt auf unter all den Anzugträgern, auch ohne Kopfstand. Nur mit seinen Aussagen.

Felber, ein Wiener, geboren 1972, hat Attac in Österreich mitgegründet, er ist einer der neuen Stars der alternativen Szene. Täglich könnte er einen Vortrag halten, so oft wird er derzeit eingeladen, er versucht sich auf hundert Auftritte im Jahr zu beschränken. Felbers Grundthese ist griffig, er plädiert für eine neue Wirtschaftsordnung, er nennt sie Gemeinwohl-Ökonomie. Sie zielt nicht auf die Vermehrung von Geld ab, sondern darauf, dass alle gut leben können. Nichts davon sei neu, sagt Felber offen, vieles finde sich schon bei Thomas von Aquin, dem Philosophen des 13. Jahrhunderts. Er habe dessen Gedanken bloß auf die heutige Zeit übertragen. In einer Gemeinwohl-Wirtschaft dürfe nicht das finanzielle Ergebnis im Zentrum allen Wirtschaftens stehen, sondern die Durchsetzung fünf zentraler Werte: Gerechtigkeit, Menschenwürde, Solidarität, Demokratie und Nachhaltigkeit. Ob der Systemwechsel gelingt, versuchen Felber und seine Mitstreiter messbar zu machen: Sie fertigen sogenannte Gemeinwohl-Bilanzen an. Darin untersuchen sie zum Beispiel, wie ein Unternehmen mit Lieferanten oder Mitarbeitern umgeht, ob es klimaneutral wirtschaftet, ob es Finanzflüsse an Lobbyisten offenlegt, ob es Frauen fördert. Einige Betriebe haben sich ihre Gemeinwohl-Tauglichkeit schon testieren lassen, darunter der Outdoorausrüster Vaude und sogar ein Geldinstitut, die

Sparda-Bank in München. Dort erhalten die Mitarbeiter ganz bewusst keine leistungsabhängigen Gehaltsbestandteile und auch keine Provisionen für Vertragsabschlüsse: Nichts Monetäres soll sie davon abhalten, ihre Kunden anständig zu beraten. Der Wertewandel geht intern so weit, dass die Münchner Banker die Wasserspender von Nestle ausgemustert haben, nun wird fair gehandelter Kaffee getrunken. Und die Geschirrtücher stammen aus den Manufakturen von Blinden- und Behindertenwerken. Ein breites Spektrum von Organisationen verfolgt den Gemeinwohl-Gedanken, von evangelikalen Netzwerken bis zu den Umweltaktivisten von Greenpeace. Rund 200 Unternehmen haben sich schon bilanzieren lassen. Auch bei der Deutschen Post hat Felber sein Konzept vorgetragen, dort fand es allerdings keinen Anklang. ...

Als ich das gelesen hatte, schrieb ich über die NWO-Mailing-Liste an einen Kreis von Menschen, die sich mit unseren Ökonomie-Problemen aufgrund der Freiwirtschaftstheorie abplagen mit Bezug auf den SPIEGEL-Artikel, der auf Christian Felber und die Gemeinwohl-Ökonomie eingeht:

Die Freiwirtschaft kommt in dem Artikel nicht vor, weil sie offenbar für die Öffentlichkeit unsichtbar ist.

Andreas Bangemann, Redakteur der Zeitschrift *Humane Wirtschaft* [www.humane-wirtschaft.de](http://www.humane-wirtschaft.de) antwortete:

Die Freiwirtschaft kommt nicht vor, weil sie keine so hohen Wellen schlägt, wie die Gemeinwohlökonomie von Christian Felber. Ich will letztere nicht bewerten, aber darauf hinweisen, dass sie im Kern zum "Reparaturbetriebsgedanken" passt, den Politik und Medien immer gerne aufgreifen: Es geht um Veränderungen, deren Umsetzung man in die Verantwortung der Individuen übertragen kann. Nicht um grundsätzliche, den gesellschaftlichen und vor allem wirtschaftlichen Ordnungsrahmen verändernde Maßnahmen und Ideen. Die Freiwirtschaft gehört aber zu Letzteren. Insofern können wir uns für Felber freuen und hoffen, dass das Denken in Alternativen auf allen Gebieten zur Gewohnheit wird. Freiwirtschaft gehört in die Ordnungspolitik, nicht in die Reparaturwerkstatt.

Das sehe ich genauso. Auch ich kann mich über den Erfolg der Gemeinwohl-Befürworter freuen, denn in Bezug auf die Moral in der Wirtschaft gibt es immer Anlass, diese zu verbessern. Aber Fehler im System der Ökonomie können nicht mit einer verbesserten Moral behoben werden. Aber genau diese Systemfehler, die den Zins und die ökonomischen Renten ermöglichen, spalten die Gesellschaften in Arme und Reiche und ermöglichen den Kapitalismus – das ist ein Würgegriff, der der Marktwirtschaft die Luft zum Atmen nimmt und nur gelockert wird, wenn die Rendite genügend fließt. Dieses ist das große Thema der Freiwirtschaft, ein Modell, das die Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreien kann.

Es wird heute noch gelehrt, dass die Nationalsozialisten die Weimarer Republik zerstört haben. In Wirklichkeit haben sie nur die Konkursmasse übernommen und Unheil damit angerichtet. Neben den Siegern des Ersten Weltkrieges waren es in der Hauptsache die Demokraten (sowohl die konservativen, liberalen wie auch sozialdemokratischen), die aus ökonomischem Unverstand – also nicht aufgrund eines bösen Willens – die Republik zerstört und den Nazis dadurch die Machtübernahme vorbereitet haben. Und die von Silvio Gesell begründete Freiwirtschaftsschule, die das Wissen zur Abwendung dieser Entwicklung erarbeitet hatte, wurde nicht gehört, weil Währungs- und Wirtschaftswissenschaftler und -politiker in ihre eigenen untauglichen Ideen verliebt waren. (Natürlich gab es Ausnahmen, die aber in der Summe zu wenig Gewicht hatten.) Es bereitet kein Vergnügen, für die an der Freiwirtschaft geschulten Bürger von heute, nicht nur sehen zu müssen, dass die Idee von der Sozialen Marktwirtschaft schon in der Zeit ihrer Anfänge verraten wurde, sondern unsere Gesellschaft wieder in eine ökonomische Situation gerät, in der ein Umkippen der Demokratie in eine autoritäre Herrschaft wie zu Weimarer Zeiten (nicht nur bei uns) möglich wird. Es geht dabei nicht um Glaubenssätze, sondern um der Ratio zugängliche Aussagen. Mit einem Zehntel der Personen und der Energie der Protestbewegung ließe sich ein Umdenken in unserer Gesellschaft bewerkstelligen. Es ist nicht zu verstehen, dass sich Journalisten jedes Mal, wenn sie ein Skändälchen aufdecken, in die Brust werfen, aber den Skandal, der schon Abermillionen Menschen in das Elend und den Tod getrieben hat und darin besteht, dass ein logisches, Humanität und Freiheit förderndes Wissen, das die Welt besser machen könnte, nicht thematisieren, sondern wie die Pest meiden und so tun, als gäbe es dieses nicht. Ist da die Einstufung als „Lügenpresse“ nicht zu mild geurteilt?

Um diese Aussage zu verdeutlichen: Ich hatte über die schon genannte E-Mail-Liste auf einen im Netz gemachten Hinweis eine Sendung des SWF mit dem Titel „Was passiert mit dem Geld? Droht eine neue Krise? Der Film "Die große Geldflut" wirft einen neuen, überraschenden Blick auf das Geld in Zeiten der Nullzinsen. <http://www.ardmediathek.de/tv/betrifft/-/Die-gro%C3%9Fe-Geldflut-Wie-Reiche-immer-re/SWR-Fernsehen/Video?bcastId=1100786&documentId=44063718> aufmerksam gemacht. Da ich aus Zeitgründen diesen Beitrag nicht ansehen konnte, habe ich über die Liste angefragt, ob jemand den Film gesehen hat. Ein Teilnehmer aus Stuttgart antwortete:

Hallo Tristan,

habe den Beitrag gesehen. Es war - wie zu erwarten war - ein Plädoyer für Finanztransaktionssteuer und Vollgeld.

Der Autor des Films hat schon vor über 20 Jahren - soweit ich mich recht erinnere - auf Anfragen aus unserer Richtung nicht reagiert. Ganz offenbar hat

der Sender "eigene" Vorstellungen von Wirtschaft. Da passen unsere Ideen offenbar nicht so gut hinein.

Heute noch viel weniger als früher. Da hat man - allein in drei Radiosendungen - ausführlich Hans-Joachim Führer <sup>3</sup> zu Wort kommen lassen. Außerdem Peter Kafka <sup>4</sup> und viele andere aus unseren Kreisen. Leider ist die "Vielfalt" der Meinungen, die im SWR geäußert werden können, weiter geschrumpft. Der satt durch Gebühren finanzierte Sender tendiert immer mehr zur Einfachheit. Wohl nicht zufällig. Beim Hören von Nachrichtensendungen fällt mir manchmal die DDR ein.

Ein anderer Teilnehmer der Mailing-Liste aus München schrieb, dass die Süddeutsche Zeitung in der Ausgabe vom 7. Juli eine Serie über Marx gebracht habe. Er fragt: „Was hat der Marxismus, was wir nicht haben?“ Der Titel des Autors Christian Gschwendtner lautet:

Spätestens seit der Finanzkrise ist Karl Marx so beliebt wie noch nie. Auf einmal finden ihn alle toll - auch die Reichen. Warum gibt es dann keine Revolution?

In einer Zeit, in der das Versagen der Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik so offensichtlich ist, ist es durchaus angebracht eine Rückschau zu halten, um auf Einsichten zu stoßen, die uns heute weiterbringen können. Und warum nicht bei Marx suchen. Was aber der Teilnehmer der Mailing-Liste aus München eigentlich fragt, ist die Tatsache, dass die Medien in Bezug auf die Ökonomie ziemlich einseitig berichten. Da die Menschen in ihrem Handeln und Wollen ziemlich stark von Ideen geleitet werden und dabei der Gefahr ausgesetzt sind, sich in einem Irrgarten zu verlaufen, ist es nicht die Aufgabe der Medien, in einer freien Gesellschaft nur über das zu berichten, was gerade gut ankommt oder was die Mächtigen für richtig halten, sondern den nach Orientierung suchenden Menschen die Vielfalt am Sternenhimmel der Ideen aufzuzeigen. Unsere politischen Parteien, soweit sie eine Rolle in unserer Gesellschaft spielen, streben nach meinem Eindruck alle die Herrschaft über die Inhalte in den Köpfen der Wähler an. Ich nenne das den heimlichen Faschismus der Demokraten. Die Medien haben ihren Auftrag verfehlt, wenn sie diese Tendenz unterstützen.

In der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung (HAZ) vom 6. Juli 2017 ist ein anschaulicher Bericht von *Jan Sternberg* über den Protest zu G20-GIPFEL in Hamburg zu lesen. Erst ein-

3 Hans-Joachim Führer ist ein verstorbener Sohn von Silvio Gesell.

4 Peter Kafka, verstorbener Astrophysiker, „Das Grundgesetz vom Aufstieg / Vielfalt, Gemächlichkeit, Selbstorganisation: Wege zum wirklichen Fortschritt“, 1989: »Was wir heute Wachstum nennen, besteht überwiegend aus zerstörerischen Tätigkeiten.« <http://www.gegen-den-untergang.de/>  
KAFKA, PETER 1989: *Wissenschaft - Opium fürs Volk*, in: Der Spiegel, Nr. 29, Seite(n): 154 - 157, Archiv: LK 8 [http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv\\_Geld-\\_und\\_Bodenreform/AGB-Katalog\\_K/agb-katalog\\_k.html](http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv_Geld-_und_Bodenreform/AGB-Katalog_K/agb-katalog_k.html)

mal zitiere ich den Haupt- und Untertitel, dann bringe ich einen Auszug:

### **Der Protest, die Kultur und die Angst**

Die Kritiker, die inhaltlich gegen den G-20-Gipfel argumentieren, fürchten, von Radikalen übertönt zu werden

... Amelie Deuffhard macht das Sorgen. Sie ist Intendantin der Kulturfabrik Kampnagel, die den „Gipfel für globale Solidarität“ abhält. Finanziert unter anderem mit 46 000 Euro vom Senat, organisiert von der Heinrich-Böll-Stiftung, Attac und vielen anderen Gruppen. Deuffhard zieht ein düsteres Fazit der bisherigen Polizeieinsätze: „Es werden jetzt alle Kritiker des Gipfels kriminalisiert. Aus meiner Sicht sind alle Menschen, die nach Hamburg kommen, zunächst einmal Gäste, und so sollten wir sie auch behandeln. Ich bin absolut gegen Gewalt. Aber Protest muss doch möglich sein.“

Auf Kampnagel geht es um den inhaltlichen Kern des Protestes. Für fairen Welthandel, gegen die Ausbeutung des Südens, die Multis und die Festung Europa. Die Themen sind alt, der Kampf aber immer neu und seine Protagonisten durchaus renommiert. Vandana Shiva aus Indien, Trägerin des alternativen Nobelpreises, spricht gesterreich in die Kameras: „Der Krieg gegen die Umwelt ist ein Krieg gegen die Menschheit“, sagt sie. „Wer mehr verbraucht, als nachhaltig wäre, stiehlt von seinem Nachbarn.“ Der indische Premier Modi, die meisten Gipfelteilnehmer müssten endlich zuhören, „nicht nur hier, sondern auch zu Hause. Wenn in Indien die Bauern Gerechtigkeit fordern, bekommen sie stattdessen Kugeln!“<sup>5</sup>

Bei den Debatten schwirren Worte wie „Extraktionismus“ und „Rohstofffluch“ durch die Luft, oder auch „öffentlich-privates Plündern“. So nennt der südafrikanische Sozialwissenschaftler Patrick Bond den von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) erarbeiteten „G 20 Compact with Africa“. Für Bond ist die Erleichterung von Investitionen in Afrika moralisch und wirtschaftlich fragwürdig: „Schäuble stellt das Geld deutscher Steuerzahler bereit, damit Firmen aus dem Norden zusammen mit den lokalen Eliten Afrika noch weiter ausplündern können. Ist das ein gutes Geschäft? Ich finde nicht.“ Wer hoffe, dass dadurch weniger Flüchtlinge die Fahrt übers Mittelmeer antreten würden, irre sich gewaltig. „Diese Politik schafft immer mehr Elend, und Europa wird immer mehr Flüchtlinge aus Afrika bekommen.“

Für Bond ist Hamburg auch eine Reise in seine Familiengeschichte: Sein Urgroßvater war Ferdinand Tönnies, Autor des Standardwerks „Gemeinschaft und Gesellschaft“ und Begründer der Soziologie. Vor gut 120 Jahren engagierte sich der Kieler Professor für die streikenden Hafendarbeiter in Hamburg, nun kommt sein Urenkel nach Hamburg, um für globale Solidarität zu streiten. „Wir müssen den globalen Handel zurückfahren und vor allem die globalen Investitionen, damit die Länder des Südens auf die Beine kommen können“, fordert er. Ist das nicht Protektionismus, genau nach

---

5, „Vom Sozialismus zu Sarvodaya“ von Jayaprakash Narayan, 1959. Wenn ich mich richtig erinnere, wird hier die Landschenkungsaktion in Indien beschrieben, die wohl das Problem der Bauern nicht minimiert hat.  
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/132.1.Vom.Sozialismus%20zu.Sarvodaya.pdf>

dem Geschmack Donald Trumps? Bond wehrt die Frage ab. „Dieser Gipfel ist sinnlos, schon wegen des G 1, wegen Trump. Er wird alles sabotieren, was von den anderen 19 kommt in den Fragen Klima, Wirtschaft und Geopolitik.“

Erst einmal: Das Buch „Gemeinschaft und Gesellschaft“ von Ferdinand Tönnies ist mir irgendwann ins Haus gekommen, vermutlich habe ich es auf einem Bücherflohmarkt Freiburg mitgenommen, weil der befreundeter Arzt, Hans Weitkamp („Das Hochmittelalter – ein Geschenk des Geldwesens“), Tönnies hin und wieder zitierte. Als ich jetzt das Buch in die Hand nahm, kam mir die Überlegung, ob unsere gegenwärtigen Gesellschaftsprobleme damit zu tun haben, dass heute die Tendenz (wieder) besteht, alle Gemeinschaft in der Form der Gesellschaft aufzulösen und obendrein den Staat als gesellschaftliche Organisationsform so auszuformen, dass sie zu einem Zwangskorsett der Gesellschaft wird und alles Freiheitliche erstickt. Bei den Büchern, die ich im Bestand habe, ist immer die Frage berechtigt, wie weit ich sie gelesen habe. Mein Exemplar ist aus der dritten Auflage von 1920. Eine Markierung von mir ist mir jetzt von Nutzen. Es geht um die „Ricardo-Rodbertus-Marxische Wertlehre“, sie spielt bei den ökonomischen Verwerfungen von heute wieder eine Rolle. Michael Hudson greift in seinem Buch „Der Sektor“ darauf zurück, wie auch Paul Mason in seinem Buch Postkapitalismus. Der schwedische Ökonom Gustav Cassel und Silvio Gesell (vermutlich unabhängig voneinander) waren von der Werttherie auf die Preistheorie des Geldes umgeschwenkt. Hier gehe ich auf die Überlegungen zur Werttheorie von Karl Walker ein:

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/145.Negativer.Zins.digitales.Geld.Werttheorie.des.Geldes.und.mehr.pdf>

Es folgt jetzt zum Thema Werttheorie der „Zusatz 1911“ von Ferdinand Tönnies, aus „Gemeinschaft und Gesellschaft“, 3. Auflage:

Zusatz (1911). Als diese Schrift verfaßt wurde (1880/87), war der Abschluß des Marxischen Systemes, das mitbestimmend auf ihren Inhalt gewirkt hat, noch nicht bekannt geworden. Der Verfasser hat inzwischen nicht gefunden, daß der Lösung des »Rätsels der Durchschnitts-Profirate« von der deutschen oder österreichischen akademischen Kritik durchaus mit zutreffenden Argumenten begegnet worden ist. Namentlich hält er den Vorwurf für unbegründet, das Wertgesetz werde durch die Anwendung auf den Gesamtwert aller Waren inhaltlos, weil dieser Gesamtwert sich nicht austauscht, und in Wahrheit nur ein Name für das Gesamtprodukt oder vielmehr für dessen neugeschaffene Bestandteile ist« Einen Sinn hat es allerdings, zu konstruieren, daß das Jahresprodukt der Arbeit seinem Werte nach gleich der gesellschaftlich zu seiner Herstellung notwendigen Arbeitszeit, und daß dieses Maß des Wertes, wodurch er mit allen früheren und späteren Jahresprodukten gleichartig und vergleichbar ist, ursprünglich auch den Tauschwert der einzelnen Ware, im Vergleiche mit anderen (also der ausge-

tauschten Teile des Gesamtprodukts untereinander) bestimme, daß aber durch den kapitalistischen Geschäftscharakter der Produktion dies Verhältnis auseinandergeschoben werde, sodaß der Mehrwert, in Profit verwandelt, sich nach Maßgabe der Kapitale, und also der Produktionspreise, auf jene verteile. Denkbar ist dies allerdings. Freilich eine gezwungene, gar sehr künstliche Konstruktion. Ich habe die Ricardo-Robertus-Marxische Wertlehre niemals in der Gestalt, wie sie vortragen wird, als richtig anerkannt, um so mehr aber ihren Kern- und Grundgedanken. In dieser Schrift war meine Abweichung an-

— 81 —

gedeutet worden. Heute wie damals vertrete ich den Satz, daß nur Arbeit neue Werte schafft, aber — füge ich hinzu — nicht in gleicher gesellschaftlich notwendiger Zeit gleichen Wert, auch nicht nur (was Marx selber geltend macht) qualifizierte Arbeit ein Vielfaches von allgemeiner Arbeit, sondern je nach ihrem zweckmäßigen Zusammenwirken, teils der Arbeit mit Arbeit, teils mit den geeignetsten sachlichen Produktionsmitteln, in gleicher Zeit sehr verschiedene Werte. Durch diese Berichtigung wird der Satz gerettet, daß im freien Markte die Warenpreise um ihr Wertverhältnis oszillieren. Aber die Arbeitskraft selber hat so wenig einen natürlichen Wert wie der Grund und Boden. Ihr Preis schwankt nach ihrer Beschaffenheit, nach Größe und Dringlichkeit von Angebot und Nachfrage, und nach der Kraft der Koalitionen ihrer Verkäufer, der Arbeiter selber. Die Obergrenze ist durch ihre Verwertbarkeit — da sie eingekauft wird zum Behufe des Geschäftes, das der Unternehmer machen will —, die Untergrenze durch das bloße Nahrungsbedürfnis des isolierten Arbeiters gegeben.

Das sind keine für heute unbedeutenden Sätze. Die Leugnung der Aussage von Tönnies „Heute wie damals vertrete ich den Satz, daß nur Arbeit neue Werte schafft, ...“ ist nach Otto Conrad „Die Todsünde der Nationalökonomie“, Leipzig / Wien 1934 und immer noch der Grund für die Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme.

Wenn der oben genannte Patrik Bond sagt, dass der von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble das G 20 Compact with Africa-Programm für moralisch und wirtschaftlich für fragwürdig hält, so kann ich da nur zustimmen. Es kann aber sein, dass meine Gründe zum Teil andere sind. In einem früheren Beitrag zitiere ich einen Nord-Afrikaner, der auf die Frage: „Was kann Europa oder Deutschland für Afrika tun?“ sinngemäß antwortete: „Bringt eure eigenen Angelegenheiten in Ordnung, das hilft uns am meisten.“ Und in der Tat ist es doch so, dass die meisten Probleme, die die Welt in Atem hält, vom europäisch geprägten Westen verursacht wurden. Und Europa erkennt nicht einmal seine Fehler und da, wo das Erkennen erfolgt, fehlt die Kraft zur Berichtigung oder sie wird um machtpolitischer kurzfristi-

ger Vorteile aufgeschoben, bis die regionalen Brände sich wieder zu einem Weltenbrand entwickelt haben. Die erschöpften Überlebenden werden dann wieder schwören, nie wieder Krieg, nie wieder Rüstung, Schwerter zu Pflugscharen. Wenn die deutsche, europäische oder US-Politik in ihrem jetzigen Zustand Afrika hilft, dann wird das geschehen, was geschah, als Russland nach dem Fall des eisernen Vorhanges vom Westen falsch beraten wurde. Die afrikanischen Länder werden von autoritären Regierungen und Oligarchen beherrscht werden. Die Oligarchen können dann auch in der Form von internationalen Aktiengesellschaften in Erscheinung treten. In der Monitor-Sendung vom 6. 7. 2017 wird von solchen Tendenzen berichtet. Es werden landlose Bauern erzeugt, die mit ihren Familien in prekären Verhältnissen leben.

In Sambia, beim Vorzeigeprojekt der Bundesregierung, sieht das dann so aus. Zehn Millionen Dollar hat das Unternehmen Agrivision vom deutschen Investmentfonds bekommen. Der Agrarkonzern produziert Soja, Weizen und Mais, viel davon für den Export. Früher war hier einmal Ackerland lokaler Bauern.

<http://www1.wdr.de/daserste/monitor/sendungen/afrika-politik-104.html>

<http://www.ardmediathek.de/tv/Monitor/Monitor-vom-06-07-2017/Das-Erste/Video?bcastId=438224&documentId=44235980>

Mir fällt ein Bild zu der Situation Afrika : Europa ein. Im Urlaub beobachtete ich ein Kajakfahrer, der in der Kieler Förde gekennert war und nicht wieder in sein Kajak steigen konnte. Ein Segler, dessen Boot einen Motorantrieb hatte, wollte den Kajakfahrer ans Ufer schleppen. Er fuhr zum Kajak und wollte den Fahrer samt seines Bootes ans Ufer schleppen. Zu diesem Zweck warf er eine Leine rüber, die vom Kajakfahrer am Kajak befestigt wurde. Der Segler in seinem Boot setzte sich stolz in Position und steuerte mit Motorkraft auf das Ufer zu. Leider hatte er vergessen, die einzige Schleppleine, die er hatte, an seinem eigenen Boot zu befestigen. Der Kajakfahrer musste sich selber retten und obendrein noch die nutzlose Leine (das Eigentum des Seglers) bergen. Ich denke, dass ersichtlich ist, dass Europa sich in der Situation des Seglers befindet und Afrika in der des Kajakfahrers.

Diese Schilderung ist keine Aufforderung, nichts zu tun. Was Afrika und die anderen Völker der Welt dringend benötigen, ist eine Geld- und Bodenreform, um Selbsthilfe in einer kapitalismusfreien Marktwirtschaft starten zu können. Das ist auch dann richtig, wenn unseren Politikgestaltern beim Thema Geldreform ihr Gesicht die Verständnislosigkeit widerspiegelt und wenn ihnen bei dem Gedanken an eine Bodenrechtsreform der Angstschweiß auf der Stirn steht. Ich verweise zum Thema Bodenreform auf meine Beiträge:

Das Boden(un)recht / Beiträge zur Förderung der Menschenrechte,  
des Friedens und der Freiheit  
Eine Sammlung fremder und eigener Texte  
von Tristan Abromeit mit eigenständigen Beiträgen von:  
Fritz Andres, Roland Geitmann, Elisabeth Meyer-Renschhausen u.a.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.1%20Das%20Boden%28un%29recht%20Teil%20I.pdf>

und

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/22.2%20Boden%28un%29recht%20Teil%20II.pdf>

Im Teil I ist auch folgende Passage eingefügt:

## Konrad Adenauer

Ich kehre nochmals zu Damaschkes Buch „Die Bodenreform“ zurück, um zwei weitere Aussagen zum Bodenrecht wiederzugeben. Ich zitiere aus der 20. Auflage von 1923.

„Oberbürgermeister Dr. Adenauer = Köln, der Präsident des Preußischen Staatsrates, führte aus:

„Wir sind die erste deutsche Generation, die Großstadtleben wirklich durchlebt hat. Das Ergebnis kennen Sie alle. Wir leiden nach meiner tiefsten Überzeugung in der Hauptsache in unserem Volke an der falschen Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfange des Wortes nehme, als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungerscheinungen, unter denen wir leiden.

Die Stadt Köln hat ja auch schwer unter der Vergangenheit zu leiden. Sie wissen, daß wir über hundert Jahre Festung gewesen sind und daß daher auch beim besten Willen, und selbst wenn früher ein größeres Verständnis gewesen wäre, doch manches nicht hätte gebessert werden können. Der Festungsgürtel ist jetzt gefallen. Wir haben einmal und zum letzten Male die Gelegenheit, für viele Generationen, die nach uns kommen, wirklich ein bodenpolitisches Werk ersten Ranges zu vollbringen. Ich meine die Anlage des äußeren Festungsrayons. Die Gegner des Plans sind auf dem Posten - aber die Freude des Plans lassen einige wenige für sich arbeiten und beschränken sich darauf, vielleicht später die Früchte zu genießen. Das ist natürlich ein unmöglicher Zustand.

Die bodenreformerischen Fragen sind nach meiner Überzeugung Fragen der höchsten Sittlichkeit. Es nützt Ihnen alles nichts, was Sie sonst machen, im Schulwesen, mit Kultur - mit dem Wort wird ja solch furchbarer Mißbrauch getrieben - die ganze Volkskunst, Volksbildung, alles das nutzt Ihnen nichts, wenn sie nicht das Übel an der Wurzel fassen!“ (S. 476)

Die Tatsache, daß Adenauer dann, als er Bundeskanzler war, seine Einsichten, die er als Oberbürgermeister gewonnen hatte, vergessen hatte, ist offensichtlich Bestandteil einer Politikerkarriere. Vielleicht wollte Adenauer

auch durch viele kleine Eigentümerparzellen – die immer ein Schutzwall für den Großgrundbesitz sind,- wie an anderer Stelle schon in ähnlicher Form gesagt habe - die Republik immun gegen kommunistische Einflüsterungen machen. Dies hätte er aber auch durch das Instrument des Erbbaurechtes erreichen können. Ich habe das Audenauer-Zitat vor Jahrzehnten ausgegraben und in den Umlauf gebracht. Inzwischen kommt es mit Arbeiten anderer Autoren wieder zurück zu mir.

## Damaschke zitiert den Talmud:

„Maimonides sagt: 'Moreh Nebuchim', 3. Kap. 39: 'Die Verordnungen der Traktate >Schemita we=Jobel < haben zum Zwecke, ... die zum Leben unentberlichen Dinge für alle Zeiten zu sichern, indem sie den Grund und Boden zu einem unveräußerlichen Fonds machen.' Die zionistische Bewegung, die 'für das jüdische Volk die Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte in Palästina' erstrebt, hat auf ihrem Baseler Kongreß 1903 beschlossen, die Bodenreform zur Grundlage des erstrebten 'Judenstaates' zu machen. Die Aufgabe des wichtigsten Mittels dazu, des Nationalfonds, schilderte die zionistische 'Jüdische Rundschau' in Nr. 5 von 1906 also:

'Der Jüdische Nationalfonds dient der privatrechtlichen Erwerbung von Boden in Palästina, um ihn dem `Privatrecht` und der privaten Spekulation für alle Zeiten zu entziehen. Die Grundrente wird verstaatlicht und dadurch von vornherein jenen schweren sozialen Krisen vorgebeugt, gegen die die modernen Staaten so schwer ankämpfen müssen, eben weil Grund und Boden privatrechtlich behandelt wird. Hier knüpft der Zionismus, d. i. das Jüdische Volk auf der Wanderung nach Palästina, gleichzeitig an seine älteste Landverfassung und an die modernste soziale Bewegung, die Bodenreform, an.'  
“ (S. 240 ff)

Weitere Texte zum Thema Bodenrecht auf meiner Internetseite [www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

werden auf der nächsten Seite angezeigt:

- 20.0  **Der Bodenfonds als Möglichkeit des praktischen, ethischen Handelns / Die Landlosen / Jesus und das Geld**  
[Übersicht](#) (1 Seite 17 KB)
- 20.1  **Der Bodenfonds ...**  
[Der Bodenfonds als Möglichkeit des praktischen, ethischen Handelns](#) (8 S., 534 KB) *Juni 2003*
- 20.2  **Der Bodenfonds ...**  
[Die Landlosen & Jesus und das Geld](#)  
Sind Kirchen antibiblische Vereinigungen? (17 Seiten, 2115 KB) *Februar 1998*
- 20.3  **Der Bodenfonds ...**  
[Die Landlosen & Jesus und das Geld: Anlagen](#) (15 Seiten, 3670 KB)
- 20.4  **Der Bodenfonds ...**  
[Die Bodengenossenschaft - Ein Veikel für eine Bodenrechtsreform](#) (1+6+7 Seiten, 1465 KB) *Februar 1998*

- 20.5  **Der Bodenfonds ...**  
[Brief an H. Trein, Ökumenische Werkst. / Klosterkammer](#) (8+3 Seiten, 950 KB) *März 1998*
- 20.6  **Der Bodenfonds ...**  
[Getroffen und doch daneben? Wie bringen wir uns ... ein?](#) (26 Seiten, 189 KB) *Dezember 2006*
- 20.7  **Der Bodenfonds ...**  
[Über die Schwierigkeiten, Ergebnisse eines individuellen Erkenntnisprozesses in einen allgemeinen einfließen zu lassen ...](#)  
über das Wirken von Karl Walker (12 Seiten, 767 KB) *Dezember 1975*
- 20.8  **Der Bodenfonds ...**  
[Versuch einer Verständigung über den Begriff Anarchie per E-Brief zwischen den Christen Anselm Rapp und Adolf Paster](#) (10 Seiten, 79 KB) *Dezember 2006*

Ich will das Thema *G 20 Gipfeltreffen*, das inhaltlich nach den meisten Kommentaren, die ich dazu gelesen habe, nicht viel gebracht hat, noch auf die Gewalt eingehen, die vom „schwarzen Block“ verübt wurde, über die viel geschrieben und gesprochen wird. Die Gewaltvorgänge in Hamburg waren noch nicht ganz zu Ende, da wurde in einem Fernsehmagazin berichtet, dass sich die Polizei auch nicht immer an das Recht gehalten hat. Ich wollte nun dem nachfolgenden Interview der HAZ mit dem Innenminister aus Baden-Württemberg, eines Buchhändlers aus Bremen, der die Geschichte in einem Mail aus einer anderen Perspektive beschrieben hat, bringen. Dieses Mail ist mir aufgrund eines Bedienungsfehlers abhanden gekommen und ich will ihn wegen der möglichen Ungenauigkeiten in meiner Erinnerung nicht durch ein ungenaues Zitat in Schwierigkeiten bringen. Ich verweise hier daher auf seine Internetseite, auf der ich leider den jüngsten „Einwurf des Ziegelbrenners“ noch nicht fand. <https://www.ziegelbrenner.com/> Dieser Verweis ist auch zusätzlich nützlich, weil es die Spannungen aufzeigt, die durch die Digitalisierung im Buchhandel ausgelöst wurden. Jetzt das Interview von Dieter Wonka aus der HAZ vom 8. Juli 2017, Seite 3:

**„Straftäter müssen hart abgeurteilt werden“**

Thomas Strobl, CDU-Innenminister in Baden-Württemberg, sieht die Schuld für die Krawalle bei „linksautonomen Chaoten“

*Herr Strobl, der Hamburger G-20-Gipfel ist auch geprägt von einer großen Zahl aggressiver Demonstranten, die eine Art Happening veranstalten. Wäre das zu verhindern gewesen?*

Die Gewalt linksautonomer Chaoten in Hamburg geht gar nicht. Gewalt ist niemals ein politisches Statement und schon gar kein Happening. Wer das

Demonstrationsrecht für Gewaltaktionen unterwandert, ist im Kern ein Feind der Demokratie.

*Was erwarten Sie von friedlichen Demonstranten im Umgang mit dem schwarzen Block?*

Die Demonstrationsfreiheit ist ein hohes Gut – aber eben friedlich und im Rahmen der Verfassung. Deshalb appelliere ich auch an alle friedlichen Demonstranten, sich unmissverständlich vom schwarzen Block fernzuhalten. Ganz klar: Hier ist Distanzierung in jeder Hinsicht gefordert!

*Ist die Strategie der Hamburger Polizei aufgegangen?*

Die Hamburger Polizei hat große Erfahrung mit dem Demonstrationsgeschehen und auch mit gewalttätigen Auseinandersetzungen. Im Detail steht mir jetzt keine konkrete Lagebewertung zu. Aber klar ist auch: Der Auftrag der Polizei ist es, mit großer Umsicht für einen gewaltfreien G-20-Gipfel zu arbeiten und dafür, dass friedliche Demonstrationen möglich sind. Umso schlimmer ist, dass so viele Polizisten in den vergangenen Stunden verletzt wurden.

*Können Sozialdemokraten, kann Olaf Scholz innere Sicherheit?*

Damit eines klar ist: Bei den Bildern, die wir aus Hamburg sehen, gilt die Schuldzuweisung jetzt nur den linksextremistischen Chaoten.

*Passen die Gesetze zur Vermeidung derartiger Eskalationen?*

Das, was wir in Hamburg seit gestern sehen müssen, sind gewaltbereite Chaoten, die sich über Gesetze hinwegsetzen. Ihr einziges Ziel ist es, unsere Freiheitsrechte zu instrumentalisieren, um Chaos zu verbreiten, Gewalt auszuüben, Sachen zu zerstören. Wichtig wäre zunächst, dass von der Polizei verhaftete Straftäter schnell, konsequent und hart auch durch die Justiz abgeurteilt werden.

Der Innenminister Strobl wird sicher viel Zustimmung auch von HAZ-Lesern bekommen haben. Aus einer Perspektive gesehen, hat er ja auch recht, aber um sich einer sachlichen Wahrheit zu nähern, ist die Betrachtung eines Vorganges aus verschiedenen Perspektiven erforderlich. Ich will dazu noch meinen eigenen Kopf anstrengen, aber ohne, dass ich dabei zu einem Sympathiesand des schwarzen Blocks werde. Aus diesem geistigen Umfeld rekrutieren sich jene Zeitgenossen, die den Vertretern der Freiwirtschaftsschule durch Verleumdung und Verdrehung von historischen Aussagen als Sozialdarwinisten, Rassisten, Antisemiten verleumdete und sich als Ehrabschneider betätigen – zum Wohlgefallen derer, die sich als die Guten in dem Politikbetrieb verstehen. Diese können nämlich ihre zweifelhafte Haltung solange hinter dem Urteil der „roten Faschisten“<sup>6</sup> verbergen, wie das breite Publikum nicht von der positiven Wirkungsmöglichkeiten der Freiwirtschaftsschule erfährt. Ich gestehe der Mehrzahl der Guten aber zu, dass sie nicht erkennen, dass ihr Gutsein nur eine Maske des Bösen

---

<sup>6</sup> Es ist schwierig, ein passendes Wort für die Geisteshaltung bestimmter Linker zu finden, ohne mit gleicher Münze zu zahlen, die sie leider häufig benutzen.

ist. Aber bevor ich meine eigenen Überlegungen vortrage, gehe ich noch auf ein paar Berichte ein. Zuerst ein Interview von *Holger Spierig* aus der HAZ vom 10. Juli 2017, Seite 3

### **„Es geht um die Macht der Gruppe“**

Konfliktforscher: Nicht nur auf Polizei bauen

### **Herr Zick, was treibt junge Menschen zu solchen Gewaltexzessen wie jetzt in Hamburg?**

Diese Gewalt hat eine Vorgeschichte, und da liegt die Motivation. Der sogenannte schwarze Block hat sich weit vorher formiert und sich dann zu den Guerillaaktionen verabredet. Der Block besteht bei solchen Großdemonstrationen aus zumeist jungen Männern aus verschiedenen Ländern und unterschiedlichen Milieus. Bei der Formierung dieses Blocks motivieren aggressive Botschaften, um eine gemeinsame Identität herzustellen. Dann wird die Gewalt schon zur Norm, bevor es zur Aktion geht. Das Motiv ist, die Macht der Gruppe zu demonstrieren.

### **Was wollen sie bekämpfen?**

Es wird ein Feindbild aufgebaut, auf das sich konkrete Gewaltaktionen beziehen können: Polizei, Reiche, Eigentümer – aber auch Gegendemonstranten, die Zivilcourage zeigen. Die Botschaft gerät in den Hintergrund. In der konkreten Konfliktsituation sind meist die einigende Identität und der Gruppendruck so groß, dass die Motive der Einzelnen keine Rolle spielen. Extreme Gewalt gegen Menschen wird ausgeübt, wenn sich die Idee herausbildet: Jetzt kämpfen wir – egal, ob alle zusammen untergehen.

### **Wie bewerten Sie die Strategie der Polizeieinsätze?**

Die Strategie der Polizei hängt davon ab, welche Gewaltszenarios sie vorher entwickelt, wie die Einheiten koordiniert werden können und wie sie dann kooperieren. Die Polizei war zahlenmäßig gut aufgestellt und hat das vermittelt. Die Idee, Strategien sichtbar zu machen, ist gut. Das hätte sie noch intensiver an die friedlichen Demonstranten vermitteln können.

### **Hat die Polizei Fehler gemacht?**

Die Polizei hat bei der ersten Demonstration „Welcome to Hell“ zu früh versucht, den schwarzen Block aus der Demo zu trennen. Das hat den Block bestätigt und Teile der friedlichen Demonstranten verärgert, weil nun die erste legale Demonstration kaum stattfinden konnte. Es hat auch vereinzelte Polizeihandlungen gegeben, die friedliche Demonstranten an Sicherheit und Ordnung zweifeln ließen. Im Internet kursieren Handyvideos von friedlichen Demonstranten, die sich die Polizei ansehen sollte.

### **Was raten Sie, damit sich so ein Gewaltexzess nicht wiederholt?**

Auf Polizei und reine Gefahrenabwehr zu bauen wird nicht reichen. Das hat

Hamburg gelehrt. Wichtig für die Prävention ist jetzt, die Gewalt nicht für politische Zwecke zu missbrauchen. Das heizt nur noch mehr an. Die Organisatoren der friedlichen Demonstration müssen sich fragen, ob sie Szenarien der Gewalteskalation mitbedacht hatten. Aber auch aus solchen Demonstrationen kann man lernen. Angesichts der wachsenden Gewalt in vielen Bereichen muss sich die Gesellschaft insgesamt viel besser aufstellen.

**Andreas Zick** ist Sozialpsychologe und Professor am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld.

Soweit gruppendynamische Prozesse als Erklärung herangezogen werden, muss immer beachtet werden, dass sie auf allen Seiten der Konfliktparteien wirken, also nicht nur beim schwarzen Block, sondern auch bei der Polizei und den Politikern.

Es ist schon lange angebracht, dass Organisatoren von Großdemonstrationen die Anziehungskraft ihrer Veranstaltungen auch gewaltbereiter Mitbürger mit bedenken, schon deshalb, weil bei gewalttätigen Auseinandersetzungen das Anliegen der Großdemonstrationen verloren geht. Es kann aber nicht darum gehen, dass die friedlichen die gewalttätigen Demonstranten kopieren und auch zu Steinen und Flaschen als Wurfgeschosse greifen, sondern sich Fähigkeiten der gewaltlosen Gewalt aneignen, um die gewalttätigen Demonstranten zu isolieren und von ihrer eigenen Strategie der Gewaltlosigkeit im politischen Kampf überzeugen. Dazu gehört dann aber auch, dass auf der Seite Politiker die friedlichen Demonstrationen nicht als unvermeidliche folkloristische Begleiterscheinungen dargestellt, sondern als Impulse eines Teils des Souveräns, des Volkes, gewertet werden.

Für die Presse und für die Sicherheitspolitiker sind politisch dumme Gewaltausbrüche jedes Mal ein Fest. Der Presse sichern sie den Absatz ihrer Produkte und den Sicherheitspolitikern die Bewilligung weiteren Personals, Eingriffsrechte und Aufrüstung. Mich würde nicht wundern, wenn sich herausstellen würde, dass hier und da aus dem Umfeld der Geheimdienst und der Gestalter der Sicherheitspolitik nachgeholfen wurde und wird, um das gewünschte Ergebnis zu erhalten.

Wenn Andreas Zick sagt: „Aber auch aus solchen Demonstrationen kann man lernen. Angesichts der wachsenden Gewalt in vielen Bereichen muss sich die Gesellschaft insgesamt viel besser aufstellen.“ Dann ist zu fragen, wie erklärt die Sozialpsychologie und die Soziologie die steigende Gewalt in und zwischen den Gesellschaften. Auch in diesem Bereich entwickelt sich nichts ohne Ursache. Das Friedens- wie das Gewaltpotential in den Gesellschaften

hängt in seinem Umfang davon ab, wie die Politik die Gesellschaften gestaltet und prägt. Und hier liegt viel im Argen. Diese Aussage ist kein Versuch, die aktuellen Gesellschaftsgestalter oder Mächtigen abzuwerten, sondern verweist auf die Fehler in ihren Leitideen, die nicht einfach durch einen Mehrheitsbeschluss oder durch einen Befehl korrigiert werden können. Ich bin aber nicht derjenige, der jeden Fehler benennen könnte. Die Offenlegung der Fehler und die Möglichkeiten der Korrektur kann nur durch einen konsequenten und zum Teil auch unbequemen Ideenwettbewerb erfolgen. Und wenn ich hier klage, bzw. anklage, dann den Tatbestand, dass trotz der unübersehbaren Zahl von Zeitschriften und Sendungen und wissenschaftlichen Institutionen der Ideenwettbewerb unbefriedigend stattfindet.

Die HAZ vom 11. Juli 2017 bringt auf den Seiten 2 und 3 einen Bericht von Thorsten Fuchs und Jan Sternberg. Daraus füge ich hier die Schlagzeilen und Abschnitte „Was treibt die Täter“ und „War das wirklich eine neue Dimension der Gewalt?“ ein:

### **Brandstifter als Biedermann**

Zwischen politischem Statement und Lust auf Randalen: In den Hamburger Krawallnächten richtet sich die Gewalt zum ersten Mal gegen ganz normale Bürger. Was sagt das über die Täter aus? Erste Antworten auf drängende Fragen.

### **Was treibt die Täter?**

Der schwarze Block sei nur schwer zu fassen, sagt Jörg Radek, Vizevorsitzender der Polizeigewerkschaft GdP: „Typisch ist, dass diese Personen Wechselwäsche dabei haben. Die schwarze Kleidung verschwindet nach der Tat im Rucksack oder fliegt auf die Barrikade, dann beginnt die Metamorphose zum Biedermann.“ Dabei ist Gewalt kein Selbstzweck, sondern Teil ihrer Ideologie. In ihrem Verständnis ist Gewalt legitim, da der Staat strukturelle Gewalt ausübt und man sich dagegen nur wehren kann. Ihr Konzept ist der aufständische Anarchismus. Friedlicher Protest gilt als Kapitulation. Daher taten sich linksextreme Gruppen auch so schwer, sich zumindest halbherzig von den Ausschreitungen zu distanzieren. Ein alter Szenspruch lautet: „Du bist frei in dem Moment, wenn der Stein deine Hand verlässt, bis er auftritt.“ Extremismusforscher Armin Pfahl-Traugber spricht vom „Fun-Faktor der Gewalt“ und von der „Abenteurerdimension“. Diese führt dazu, dass sich auch Jugendliche der Randalen anschlossen, die überhaupt nicht politisiert sind.

### **War das wirklich eine neue Dimension der Gewalt?**

„Die Art und Weise der Gewalt und der Aggression gegen die Polizei hat eine neue Dimension erreicht“, sagte Timo Zill, Sprecher der Hamburger

Polizei, nach den Krawallen im Schanzenviertel. Der Innensenator Andy Grote (SPD) sprach von einem „Niveau der Gewalt gegen die Polizei, wie wir sie noch nie erlebt haben“. Beide wollen damit erklären, warum die Polizei so lange brauchte, bis sie am Schulterblatt eingreifen konnte. Aber war diese Form der Gewalt wirklich neu?

„Alles das war nicht erstmalig“, widerspricht der Politikwissenschaftler Wolfgang Kraushaar von der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur. Der Beschuss mit Zwillen, das Werfen von Molotowcocktails und Steinplatten von Dächern aus, alles das habe es zum Beispiel auch bei Hausbesetzungen und den Berliner Maikrawallen zu Beginn der Neunzigerjahre gegeben. Bei den Auseinandersetzungen um die Startbahn West wurden 1987 sogar zwei Polizisten erschossen. Die Bilder von Rauchsäulen über der Stadt erinnerten Kraushaar an die Rassenunruhen in Chicago und Los Angeles. Eine neue Dimension gesteht er den Krawallen insgesamt dennoch zu: „Das Neue bestand darin, dass sich die Gewalt wahllos gegen die Bevölkerung im Allgemeinen richtete“, erklärt der Protestforscher. „Es schien den Tätern völlig egal zu sein, ob es einen Zusammenhang zu G 20 gab oder nicht.“

Befriedigende Deutungen von gewaltsamen Vorgängen wie Hamburg sind – soweit daraus Lehren gezogen werden sollen – schwer zu fertigen. Schon die Frage, ob die schwarzen Blöcke, die sich auf Großdemonstrationen bilden, wirklich mit dem politischen Begriff „links“ richtig gekennzeichnet sind, ist unsicher. Unter „links“ verstehen wir in Deutschland doch vorwiegend und einengend eine politische Position, die sich am Marxismus orientiert. Am Marxismus ist aber Marx – der sich selber nicht als Marxist verstand – nicht das Problem, sondern, dass der ökonomische Marxismus sich für die Zentralverwaltungswirtschaft entschieden hat – die in sich nicht ohne Gewalt auskommt - und in Verbindung mit dem Leninismus sich für die Gewalt zu seiner Realisierung entschieden hat. Ich denke, dass die Tradition und das Verständnis von der Politik des „Marxismus-Leninismus / Das Elend der halb deutschen halb russischen Ideologie“ (Ein Titel von Hermann von Berg, 1986) auch die nachwachsenden Marxisten geprägt hat und prägt, die nicht nur labern, sondern Taten sehen wollen. Es macht in dieser Situation wenig Sinn, nach verkleideten Marxisten zu suchen und sie einzusperren, weil es nur ihren Nachwuchs fördert. Richtiger ist, erst einmal anzuerkennen, dass es in unserer Gesellschaft und in anderen genügend Verhältnisse gibt, die zu ändern sind. Die Defizite in unserer Gesellschaft (und in anderen) müssen nicht nur mit Wahlkampfprüchen angesprochen, sondern realistisch benannt werden. Dann ist offen ohne Abwehrkrämpfe zu prüfen, was der Marxismus unter Beachtung der Freiheits- und Menschenrechte zur Auflösung dieser Probleme leisten kann. Verwehren sollte man aber den Marxis-

ten ihr Bestreben, für eine kommende Herrschaft des Marxismus der Platzhalter zu sein. Dieses Bestreben besteht darin, jeden in den politischen Schmutz zu ziehen, von dem sie glauben, er könne das Monopol auf die Deutung des Kapitalismus gefährden. Ich schätze in dem schwarzen Block marschieren und agieren auch solche Menschen, die sich nur als die Verlierer und Unverstandenen der Gesellschaft sind oder fühlen und einfach ihre Wut in politisch unsinnige Aktionen abbauen müssen, um nicht innerlich zu explodieren. Und dann wird auf jugendliche Täter hingewiesen, die gar nicht politisiert sind und auch auf Zuschauer, die die Gewalt auf der Straße als Event erleben. Da soll man doch mal unsere Gesellschaft anschauen, die bemüht ist, jungen Menschen viel Bildungsdressur angedeihen zu lassen, aber ihnen Aben-teuer nur aus der Konserve ohne echte Erlebnisse ermöglicht. In einer solchen Situation ist das Zuschauen schon ein Erlebnis (auch für die verachteten Gaffer bei Unfällen und anderen Ereignissen). In einer überregulierten Welt, in der nur vorherbestimmte Akteure in kleiner Zahl agieren, verleiht schon der Regelverstoß den kleinen und großen Kick.

Gabor Steingart schreibt im Handelsblatt Morning Briefing vom 11. 07. 2017:

... das **Hamburger G20-Spektakel** hat nicht die Welt, wohl aber die innenpolitische Lage verändert. Wenn **Max Weber** recht hat, und „Staat diejenige menschliche Gesellschaft ist, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich beansprucht“, dann hat in Hamburg die **Staatlichkeit** einen Aussetzer gehabt. Was als Demonstration der Mächtigen gedacht war, endete in **zweitägiger Anarchie**.

Die Autoren Fuchs und Sternberg schreiben in dem zuvor genannten Artikel von: „Ihr Konzept ist der aufständische Anarchismus.“ Wenn in der Umgangssprache Anarchismus nur noch mit dem Attribut Gesetzlosigkeit und Gewalt verbunden werden kann, dann ist das eine Fehlinterpretation, die nicht so leicht korrigiert werden kann. Wenn Medien aber diese Fehldeutung verwenden, dann ist das eine Desinformation, die der Gesellschaft nicht gut bekommt. Journalisten würden doch auch nicht berichten: „... endete im zweitägigen Christentum.“ oder „Ihr Konzept ist das aufständische Christentum.“ Dazu gäbe tatsächlich einen Grund, denn an dem Christentum klebt schon aufgrund seiner Dauer mehr Blut als am Anarchismus. Anarchismus meint keine Gesetzlosigkeit, sondern eine Herrschaftslosigkeit, diese wurde in den Straßenschlachten in Hamburg nicht angestrebt. Sie ist - wenn überhaupt - nur im ökonomischen System der Marktwirtschaft realisierbar und diese kann sich erst entwi-

ckeln, wenn der Kapitalismus überwunden ist. Und die Marktwirtschaft kommt nicht ohne eine Institution wie den Staat als Normgeber und -durchsetzer aus. Wir sind nicht am Ende einer gesellschaftlichen Entwicklung, sondern immer noch am Anfang. Auch das, was der Staat ist oder sein sollte, unterliegt im Laufe der Geschichte einen Deutungswandel. Es ist erst ein paar Generationen her, als auch das Volk glaubte, dass die Herrschaftsgewalt der Fürsten ihnen von Gott verliehen wurde. Der Gedanke, dass die Herrschaftsgewalt in der Demokratie dem Volke zusteht, hat doch bei uns – wenn wir die Wirklichkeit nicht beschönigend betrachten – noch keine Wurzel geschlagen. Wenn dem so wäre, würde die politische Landschaft bei uns anders aussehen.

Zum Thema strukturelle Gewalt des Staates: Natürlich gib es die, einmal dadurch, dass er die Ursachen für die ökonomische Ungleichheit, die im Geldsystem, dem Bodenrecht und auch in dem Patentrecht liegen, nicht beseitigt und folglich sich auch die ökonomische Ungleichheit bei der Einwirkungsmöglichkeit der Bürger auf das Gemeinwesen anrechnen lassen muss. Hier kann man von einer strukturellen Gewalt sprechen, die von fehlerhaften Rechtsinstituten und von einem Fehler im Geldsystem ausgeht. Die andere strukturelle Gewalt geht von der Vorstellung aus, dass der Staat dem einzelnen Bürger in einem Korsett aus Zwangskollektiven presst (Schule, soziales Sicherungssystem, Militär [ z.Zt. ausgesetzt ], Berufsverbote und unnötige Berufsregulierungen oder Dinge vorschreibt, die der einzelne Bürger besser selber entscheiden kann, z. B. die Anschnallpflicht im PKW, die ein Ausdruck paternalistischer Politik ist und einer freiheitlichen Gesellschaft schlecht zu Gesicht steht. Die Narrenfreiheit, die uns gewährt wird, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass dem Bürger die hafende Gestaltungsfreiheit verwehrt oder unnötig eingeschränkt wird. Im Grunde haben wir uns von dem kaiserlichen Obrigkeitsstaat noch nicht emanzipiert. In einer Demokratie ist es erforderlich, dass die gesamte Bürgerschaft herausfinden und beschließen muss, in welchem Staat wir leben wollen. Um eine gute Entscheidung zu treffen, müssen alle denkbaren Modelle bekannt sein und vergleichend erörtert werden. Dass das nicht geschieht, halte ich nicht unbedingt für ein Zeichen von Böswilligkeit, sondern eine Folge unseres Bildungssystems und auch der Parteiendemokratie, wie sie sich bei uns entwickelt hat. Es wird wohl nie eine endgültige Antwort auf die Frage geben, in welcher Form sich die Demokratie am besten entwickeln kann. Aber die Freiheit und die Demokratie ist in dem Moment verloren, wo die Suche nach der besten Form aufgegeben oder verhindert wird. Wir bewegen uns hier im Wirkungsbereich der Ideen, der verkommt, wenn der Wettbewerb unter ihnen aufhört oder sabo-

tiert wird.

Das Merkwürdige ist, dass jener Teil der Bürger, die den Staat als Herrschaftsinstrument über die Gesellschaft (was er nicht sein sollte) und Teilhaber einer Deutschland AG verstehen (deren Größe des jeweiligen Anteils mittels der Parteien erobert wurden und werden), annehmen, ihre persönlichen Vorstellungen oder die ihrer Parteikollektive hätten Allgemeingültigkeit und jene Vorstellungen von Bürgern, die nicht ein Ausdruck der Parteienmacht<sup>7</sup> und auch nicht von wirtschaftlichen Machtgebilden sind, seien von vornherein nicht ernst zu nehmen. Aber die fließbandartige Produktion von Gesetzen und Verordnungen und die wirtschaftlichen Verwerfungen zeigen, dass die, die sich als Gralshüter von Recht und Ordnung wähnen und übersehen, dass das Grundgesetz den Parteien nur ein Mitwirkungsrecht und kein Monopol an der politischen Willensbildung gewährt, das wir als Gesamtgesellschaft, als europäische und Weltgemeinschaft, auf einem falschen Weg sind.

Wir haben noch einen langen Weg vor uns, bevor wir den Status und den Ort erreicht haben, von dem Franz Oppenheimer gesprochen hat: ***Freie Bürger in einer freien Gesellschaft.***

Mir geht noch folgender Satz, der oben im Auszug aus dem HAZ-Bericht steht, durch den Kopf: > „Das Neue bestand darin, dass sich die Gewalt wahllos gegen die Bevölkerung im Allgemeinen richtete“, erklärt der Protestforscher. < Ich halte das nicht so sehr für Akte der Kältherzigkeit der Akteure, als vielmehr für einen Ausdruck ihrer Verzweiflung, weil sie politisch auf der Stelle treten und letztlich die Bürger – nicht ganz zu Unrecht, wenn auch ungerecht verantwortlich machen. Hat man der deutschen Bevölkerung im Allgemeinen nicht Jahrzehnte lang vorgeworfen, dass sie Hitler zugelassen haben. Wenn das für Menschen im Nationalsozialismus Gültigkeit hat, dann auch für die in unserer Mängel-Demokratie. Und in der Tat ist es so, dass weder eine Diktatur noch eine demokratische Regierung sich ohne offene Zustimmung oder schweigende Duldung durch das Volk<sup>8</sup> an der Macht halten kann. Aber ungerecht ist die Annahme trotzdem, denn Einwirkungsmöglichkeit des Einzelnen auf das Ganze – wenn es sich als Regierung oder Obrigkeit etabliert hat - ist in der Regel gleich Null. Ohnmachtsgefühle drücken den Einzelnen nach unten und wenn er eine Gruppe aufbaut oder sich anschließt, hat er keine Garantie, dass dabei etwas Gutes herauskommt. Die Bürger werden aufgerufen, sich zu engagieren, sollen aber keine Fehler machen – und ein Fehler ist dann, etwas anderes zu wollen oder zu denken, als die, die den Aufruf

---

<sup>7</sup> Parteienmacht wird von vielen Parteimitgliedern der unteren Ränge auch als Ohnmacht wahrgenommen.

<sup>8</sup> Hier verstanden als die Summe der Mitglieder einer Gesellschaft.

veranlasst haben –, das ist eine Unmöglichkeit, wenn man nicht nur ein Erfüllungsgehilfe der Mächtigen sein will.

Noch etwas zum Gewaltmonopol des Staates. Im wirtschaftlichen Bereich, der marktwirtschaftlich geordnet ist, ist jedes Monopol ein Störfaktor. Da, wo Monopole wie beim Boden nicht aufgehoben werden könnten, muss der Monopolertrag, die Bodenrente, neutralisiert, das heißt zum Nutzen der Allgemeinheit abgeschöpft werden. Nur in der Hand der Allgemeinheit können einzelne Monopole segensreich wirken. Aber auch da muss man genau hinschauen. In der repräsentativen Demokratie (oder Stellvertreter-Demokratie) liegt das Monopol der Gesetzgebung beim Parlament. Das kann zum Problem werden, wenn das Denken der Parlamentarier durch Ideologien blockiert oder durch Sonderinteressen behindert ist. Hier ist es sinnvoll, eine Notbremse einzubauen und durch die Gesamtheit der Bürger einen Eingriff in das Monopol durch eine direkte Abstimmung vornehmen zu lassen. Das Gewaltmonopol des Staates ist sicher eine segensreiche Einrichtung, wenn die Menschen, die die staatlichen Institutionen durch die Übernahme eines Amtes es weise verwalten und ausüben und nicht für Sonderrechte missbrauchen. Aber so wie gesagt wird, dass in einem als Unrechtsstaat definierten gesellschaftlichen Gebilde das Gewaltmonopol des Staates keine Legitimation hat, können sich auch Staaten, die sich als demokratisch verstehen, so entwickeln, dass die Legitimität des Gewaltmonopols leidet oder gar abhanden kommt. Wir dürfen ja nicht übersehen, dass gerade durch die Missachtung des Gewaltmonopols manche Staaten zu einer neuen Führung, einer anderen Gestalt oder gar zu einer besseren Verfassung gekommen sind. Und es ist ein natürlicher Vorgang, dass das Gewaltmonopol seine Stellung verliert oder nur mit polizeilichen Mitteln verteidigt werden kann, wenn die Verwalter des Staates und seine Bürger sich stark auseinander entwickeln. Die Missachtung des Gewaltmonopols durch den schwarzen Block ist nicht nur in ihren Ideen begründet, sondern auch in der mangelnden Offenheit unserer Gesellschaft(en) gegenüber Veränderungswünschen ihrer Bürger oder gesellschaftlicher Vorstellungen von Minderheiten.

Beim Beobachten, Kritisieren und gedanklichen Gestalten von Gesellschaften sollten drei Dinge nicht übersehen werden: a) Es wird wohl nie eine Gesellschaftsform geben, in der sich alle Konflikte in Harmonie auflösen. b) Jede Gesellschaft würde wohl im strukturellen Konservatismus versteinern, wenn sie von den politischen Rändern nicht einem Anpassungsdruck ausgesetzt würde. Das bedeutet aber nicht, dass eine Gesellschaft alles klaglos hinneh-

men muss, was in ihren politischen Rändern gesagt und aus ihnen heraus getan wird. c) Das Erscheinungsbild und die Äußerungsformen der politischen Ränder wird stark von der politischen Mitte bestimmt. Je größer der Strukturkonservatismus sich in der politischen Mitte ausbreitet, so hässlicher (oder auch notwendiger) werden sich die politischen Ränder zeigen.<sup>9</sup> Und wir haben bei uns nur konservative Parteien, die sich nur durch Abweichungen in dem, was sie wollen, geringfügig unterscheiden. Die Vorgänge in Hamburg sind insofern ein Spiegel, der den Zustand der politisch Herrschenden in unserem Land und jenen der schweigenden Mehrheit, die diese stützt, anzeigt. Ich sehe dabei kein Maß, mit dem eindeutig bestimmt werden kann, wer die Guten und wer die Bösen in der Politik sind, aber die Notwendigkeit, immer wieder über die Bedingungen und Gestaltungsmöglichkeiten unserer Gesellschaft nachzudenken. Und wer wirklich eine Demokratie will, kann diese Aufgabe nicht nur Spezialisten überlassen, sondern muss sich selber bemühen.

## 2. Teil: Über die Einbettung des Green New Deals in die Entwicklung der Ökonomie-Theorien

Ich komme jetzt zu jenen Teilen meines Textes, die ich weiter nach unten geschoben habe, als ich mich entschlossen habe, auf die Vorgänge im Zusammenhang mit dem G 20-Spitzenreffen einzugehen. Hier noch eine Nachbemerkung zum G20-Thema: Die Bundeskanzlerin, Frau Merkel, sagte bei ihrer Eröffnungsrede in Hamburg erläuternd zur Wahl des Kreuzknotens als Logo des G 20-Treffens in Hamburg. Der Kreuzknoten verbindet besonders dann, wenn die Zugkräfte hoch sind. Sie vergaß zu sagen (oder sie wusste es nicht), dass dieser Knoten sich aber auch leicht lösen lässt, wenn die Last nicht mehr vorhanden ist. Siehe auch: <https://www.g20.org/Content/DE/StatischeSeiten/G20/Texte/2016-12-01-g20-logo-und-claim.html> Beim nächsten Abschnitt ist zu bedenken, dass die Darstellungen in der Schrift von Sven Giegold und Sebastian M. Mack energiezentriert abgefasst wurden. Dadurch sah ich mich veranlasst, meine Haltung zu diesem Komplex zu erläutern.

---

9 Mir ist ein Zitat von Ralf Dahrendorf wieder eingefallen, das ich im Zusammenhang mit meinem Text 1.1 „Arbeitslosigkeit“ von 1977 verwendet habe.

„Der sozialliberale Konsens bröckelt an seinen Rändern, ist indes keineswegs passé: Das biedere Dreigestirn Schmidt - Genscher - Kohl könnte in einer Regierung sitzen, jedenfalls was politische Programme betrifft. Die neuen Herausforderungen kommen von den Rändern dieser Position. Das ist das hervorstechende Merkmal der neuen politischen Szene: Nicht nur die Idee der Modernität, sondern eine ganze politische Ideenwelt ist erschöpft - sozialliberal, sozialdemokratisch, soziale Marktwirtschaft.“ ...

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.2%20Plaedyer%201978.pdf>

## Mein Zugang zum Thema Energie ist praktischer und nicht theoretischer Natur <sup>10</sup>

Mir sind noch die Plakate aus der Kriegszeit in Erinnerung: Da war eine dunkle Gestalt abgebildet mit einem Sack auf dem Rücken. In großer Schrift stand darauf „Kohlenklau“. Es war eine Aufforderung an die Bürger, im Haushalt keine Energie zu verschwenden. Nach dem Krieg mussten wir Schüler eine Zeit lang einen Torfsoden mit in die Schule bringen, damit das Klassenzimmer geheizt werden konnte. Die Torfgewinnung und -einbringung des Torfes im Stallgebäude hat mich bis zu meinem 16. Lebensjahr begleitet. Ich erinnere mich, dass ich 1948 oder 1949 als Fotografenlehrling meines Vaters ein paar Wochen ins Moor geschickt wurde, um mit dem Torfstuken <sup>11</sup> für die Familie Torf zum Heizen zu erarbeiten (damals eine gängige Art der Entlohnung für die Arbeit im Moor).

Nach dem Krieg (Ich rede vom Zweiten Weltkrieg.) gab es in meinem Geburtsort Barbel wenig Autos, aber für diese gab es auch wenig Treibstoff. Ich erinnere mich an einen LKW, der als Holzvergaser umgerüstet war und erst fahrbereit war, wenn sich genügend Gas gebildet hatte. Unser Nachbar von gegenüber, ein Gemüse- und Fischhändler, hatte einen französischen LKW mit zu großen Rädern. Auf der Fahrt nach Emstek über Friesoythe und Cloppenburg, die dazu diente, eine Ladung Weiß- und Rotkohl von einem dortigen Acker zu holen, durften ein Nachbarjunge und ich auf der Pritsche mitfahren. Unterwegs stand ein Anhalter. Unser Nachbar hat angehalten. Er ließ aber den Wagen erst ausrollen und schimpfte mit dem Anhalter – der die Strecke hinterherlaufen musste -, weil der erst so spät ein Zeichen gegeben hatte. Der Grund des Unmuts unseres Nachbarn war: Das Bremsen hätte unnötig Benzin

---

<sup>10</sup> Das ist keine Position der Überlegenheit, eher ein Mangel, weil ich der theoretischen Erörterung des Klimawandels aufgrund meiner naturwissenschaftlichen Kenntnisse nur begrenzt folgen kann. In meiner Schulzeit im Krieg und in der Nachkriegszeit kam Physik nicht vor. Das Sammeln von Kräutern und Blättern und das Einsammeln von Kartoffelkäfern auf den Kartoffeläckern war wichtiger. Dabei zweifle ich nicht am Klimawandel selbst, weil dieser Wandel ein Bestandteil der Geschichte der Erde ist. Ich habe nur Sorge, dass die Begründung für den Wandel nicht stimmen könnte, weil wir Menschen die Fähigkeit haben, eine Vorstellung von einem Sachverhalt für die Wirklichkeit zu halten. Da, wo wir nicht wissen, füllen wir leicht die Lücke mit Glaubenssätze auf. Es gibt immer wieder Situationen, wo die Bürger in einer wissenschaftlichen Streitfrage, vertrauend auf die Aussagen der einen oder anderen Seite schlagen können. Wichtig ist in solchen Fällen, dass nicht die bessere Propaganda entscheidet, sondern das bessere Argument. Das ist für meine Betrachtungen hier aber nebensächlich, weil wir uns auf die Folgen des Klimawandels ökonomisch vorbereiten müssen, wenn nicht eines Tages wieder das große Messerstechen beginnen soll. Es ist leicht einsehbar, dass alle Einwirkungen des Menschen auf die Natur ihre Folgen haben. Wenn aber die Nutzung fossiler Energien schon eine lange Geschichte hat, ist zu fragen, ob dann überhaupt ein Wandel in der Energiegewinnung und des Verbrauchs einer kurzen Zeit von wenigen Jahren einen Erfolg bringen kann?

<sup>11</sup> Zum Begriff Torfstuken siehe: [https://issuu.com/blattje/docs/blattje\\_mai10\\_web/21](https://issuu.com/blattje/docs/blattje_mai10_web/21). Vielleicht erfährt man auch etwas auf dieser Seite: <http://www.fehnmuseum.de/>. Elisabethfehn ist der Ort meines genannten Mooreinsatzes.

gekostet. In dieser Zeit durfte ich auch eine Reise auf dem Schiff einer meiner Onkel machen. Wir fuhren mit einer Ladung Torf von Elisabethfehn nach Blexen an der Unterweser. Dort wurde der Torf körbeweise gegen andere Sachen verkauft (eingetauscht), weil die Reichsmark ihre Tauschfunktion verloren hatte. Es ist hier ein Hinweis, dass nicht nur mangelnde Energie die Wirtschaft lahmlegen kann, sondern noch schneller ein nicht-funktionsgerecht gestaltetes Geld.

In diese Reihe der Erinnerungen gehören auch folgende Erfahrungen: Ab Mai 1950 fuhr ich als Schiffsjunge / Jungmann und Leichtmatrose auf dem Küstenmotorschiff (Kümo) *Heinrich*. Wir haben viel Steinkohlen-Koks von Brake an der Unterweser nach Dänemark gefahren. Da die Luken des ehemaligen Seglers relativ klein waren, musste die Besatzung den Koks selber verstauen. Das war eine unangenehme Arbeit, weil der grobe, scharfkantige Koks sich nur mühsam schaufeln ließ und schmerzende Knie verursachte. Weiter: Im Winter 1953/54 habe ich unter Tage im Steinkohlebergbau in Duisburg-Hamborn gearbeitet und kann mir so aus eigener Erfahrung ein Urteil über diese Art der Energiegewinnung machen. (Nebenbei: Damals wurden inländische Gastarbeiter aus der ganzen BRD in das Bergbaugebiet gekarrt.)

Es war im Januar 1957, ich fuhr damals als Matrose auf einem schwedischen Frachter mit einer gesamteuropäischen Besatzung (Nur der Kapitän war ein Schwede.). Wir hatten in Nigeria in einem kleinen Hafen im Nildelta Stückgut entladen und anschließend Palmkerne geladen. Auf See gerieten diese durch Selbstentzündung in Brand. Die Ladung musste – nach dem das Feuer mit großer Mühe gelöscht wurde, im nächstgelegenen Hafen dann wieder im Sinne von Entladen gelöscht werden. Häfen sind häufig fern der „Kultur“ und der Seemann ist kein Tourist, sondern ein Überseetransportbegleiter – wie wir damals sagten -, der viel Wasser aber wenig von der eigentlichen Welt sieht. Da wir (ein Teil der Besatzung) auch etwas von der Stadt sehen wollten, haben wir das Angebot eines Taxifahrers angenommen, der uns dort hinfahren wollte. Unterwegs blieb die „Karre“ stehen, das Benzin war alle und so schoben wir vier junge weiße Europäer – die wir unsere Fahrt vorfinanzieren mussten, damit der schwarze Afrikaner das Benzin bezahlen konnte, das Auto mit dem afrikanischen Taxifahrer am Lenkrad bis zur nächsten Tankstelle. Mir erscheint das heute als symbolträchtiges Bild. Die Afrikaner kennen ihren Weg und wir Europäer müssen ihnen helfen, ihn zu gehen – wenn wir das überhaupt können. Aber selber habe ich später auch Situationen erlebt, in denen

nen ein voller Tank außerhalb meiner finanziellen Möglichkeiten lag.

Im Winter 1955/56 kam ich wieder mit dem Moor in Kontakt durch einen Arbeitseinsatz in Freistatt. Bekannt geworden ist Freistatt durch den gleichnamigen Film:

<http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/medien/der-film-freistatt-handelt-vom-horror-der-erziehungsheime-14708681.html>

Das Lied von den Moorsoldaten wurde damals dort auch gesungen. Mir war aber die Geschichte des Liedes noch unbekannt.<sup>12</sup> Zwischen der von mir erlebten Wirklichkeit, meinen durch Fotografien gestützten Erinnerungen und dem Film gibt es Differenzen. Meine Eindrücke sind aber nur auf den Zeitraum eines Winters beschränkt. Später wurde der Protest gegen die Atomenergie auch meine erlebte Geschichte. Ich muss aber bekennen, dass ich zwar im Erkennen der Notwendigkeit der Abwehr der Atomenergie mich noch zur Vorhut rechnen kann, aber im aktiven Protest war ich eher ein Nachzügler - wenn man von meinen Aktivitäten in der GLU und jener, die mit zur Gründung der Partei DIE GRÜNEN führte, absieht. Die Nuklearkatastrophe von Tschernobyl, die sich am 26. April 1986 ereignete, hatte eine zusätzliche Wirkung, weil wir (als Eltern) plötzlich nicht mehr wussten, was wir unseren Kleinkindern unbeschadet zu essen geben konnten. Die Brennholzgewinnung gehört(e) seit Anfang der 80er Jahre auch zu unserem Alltag (seitdem die Erdgasheizung im Haus ist, nur noch im reduzierten Umfang). Auch auf die PKW-Nutzung mit Verbrennungsmotor können wir auf dem Land noch nicht verzichten. Experimente und Überlegungen zur Nutzung alternativen Energien Ende der 70er, Anfang der 80er Jahre im Zusammenhang mit einem Alternativ-Projekt blieben aus Finanzierungsgründen auf der Strecke. Die Umrüstung des Wohnhauses mit neuen Fenstern, Türen und einer zusätzlichen Deckenisolierung in jüngster Zeit im Rahmen des Förderprogramms „Energieeffizient Sanieren“ hat das Haus zwar in einen energetisch besseren Zustand gebracht, aber die Gesamtbilanz des Energieverbrauchs dürfte sich - wenn man den Energieverbrauch bei der Produktion der Ersatzelemente einrechnet - nicht viel verbessert haben. Und diese Art staatlicher Förderung, die darauf hinausläuft, dass einem die Mehrwertsteuer für die Umrüstung erspart wird, ist ein typisches Beispiel dafür, wie die Bürokratie aufgebläht und der Bürger bevormundet wird. Hätten wir wirklich im Energiesektor eine Marktwirtschaft, dann würden die Preise die Lenkungsfunktion übernehmen. Die Energiekosten würden dafür sorgen, dass die Verbraucher nach den kostengünstigsten Varianten des Energieverbrauches Ausschau hielten, und zwar ohne, dass mit der Moralkeule geschwungen werden müsste, oder dass ein Heer von Propagandisten und Bürokraten sich bemühen müsste, den Bürgern zu zeigen, wo ihr Energie-Weg liegt, den sie zu gehen ha-

---

<sup>12</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Die\\_Moorsoldaten](https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Moorsoldaten)

ben.

## Problematik des Begriffs NEW DEAL

Wenn ein Mensch oder eine Gruppe – sei es eine Forschungsgemeinschaft oder eine Partei etwas Neues kreiert, dann ist es verständlich, dass dafür auch ein neuer Begriff gewählt wird oder ein geschichtlicher Rückgriff auf einen Begriff und seine Wirkung in der Geschichte gemacht wird. Die deutsche Sprache ist offensichtlich nicht mehr geeignet, das Neue zu vermitteln. Eine Bezeichnung in der Englischen Sprache zu finden, ist schon fast eine Pflicht. Problematisch ist es aber, wenn man einen Begriff wählt, der scheinbar durch die Geschichte positiv besetzt ist.

### New Dealjann

Bezeichnung für das Beschäftigungsprogramm (1933-1938) von Präsident Roosevelt, der damit die Folgen der • Weltwirtschaftskrise in den USA beseitigen wollte. Maßnahmen waren Abwertung des Dollar, Steigerung der Staatsausgaben für öffentliche Projekte und damit Aufträge für die Industrie und Beschäftigung für die Arbeitslosen, Sanierungsmaßnahmen für die Landwirtschaft sowie im Rahmen der Gesetzgebung die Anerkennung gewerkschaftlicher Rechte (Unions), Reorganisation des Bank- und Börsenwesens und Veränderungen der Arbeitslosen- und Sozialversicherung, der öffentlichen Wohlfahrt und Fürsorge.

In der sozialistischen Wirtschaftslehre: („neuer Handel“. neuer Vertrag“) US-amerikanisches Wirtschaftsprogramm ab 1933 zur Überwindung der Wirtschaftskrise.

Mit öffentlichen Investitionen, wie ausgedehnten Infrastrukturprojekten zur Energieerzeugung (z.B. Staudammsystem im Tennessee Valley) sollte die Arbeitslosigkeit reduziert werden. Zur Finanzierung wurden die Steuern erhöht. Die Zahl der Arbeitslosen fiel dadurch von 13 auf 7 Mio., aber Vollbeschäftigung wurde erst mit dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg erreicht.

>Keynesianismus/Neoklassizismus

...

<http://www.wirtschaftslexikon24.com/d/new-deal/new-deal.htm>

Ich habe das Buch „John Maynard Keynes Revolutionär des Kapitalismus“ von Robert Lekachman, 1966, vorliegen. Es ist aus der heutigen Sicht vor allem eine Geschichte des gescheiterten geschichtlichen New Deals, in dem der Krieg und die ökonomisch nutzlose Rüstung eine große Rolle spielen. Ich habe in sieben Arbeiten von mir Zitate oder Auszüge gebracht. Man findet diese Arbeiten unter [www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de), hier *Arbeiten / Texte* anklicken und in das Fenster *Suchen* den Namen Lekachman eingeben.

Ich leite meine Hinführung zu Auszügen aus Lekachmans Buch in meinem Text *Aufklärung oder Untergang*, Textziffer 106.1 aus dem Jahr 2012 mit einem Zitat von Robert Lekachman wie folgt ein:

Ich komme nun zum historischen New Deal in den USA. Wenn man den Beitrag in Wikipedia liest, dann kann man verstehen, daß da heute gerne ideelle Anleihen gemacht werden. Es ist aber auch klar zu erkennen, daß der New Deal kein klares Konzept auf der Grundlage klarer Erkenntnisse über die Ursachen der damaligen Wirtschaftskrise war. Wenn heute der Begriff wieder verwendet werden soll, muß er neu definiert werden. Nur zu sagen, daß wir einen Neuen Deal brauchen, bringt gar nichts. Und ich halte unsere politischen Parteien heute nicht für fähig, ein hieb- und stichfestes Programm zu formulieren, das wirklich Probleme löst und nicht vermehrt. Aber vielleicht suchen die Grünen und andere Akteure ja auch nur nach einem klingenden Namen für ein Sammelsurium von Maßnahmen, von denen man hofft, aber nicht weiß, daß es hilft.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/106.1%20AufklaerungUntergang.pdf>

Hier nur wenige Sätze direkt aus dem Buch von Lekachman:

Obgleich 1939 bereits ein halbes Dutzend Jahre vergangen des New Deal vergangen war, lag die Arbeitslosenquote noch immer sehr hoch. (Seite 93)

Wie Keynes selbst bereits in seiner *General Theorie* bemerkt hat, sind Militärausgaben eines der wenigen konkreten Mittel, mit denen der Staat die Gesamtnachfrage ausdehnen kann. (Seite 130)

Der Krieg hat einen Grundsatz Keynes'ischer Theorie unterstrichen: Zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen haben sich alle Kriege (vor dem Atomzeitalter) als ideal erwiesen. (S. 177)

Mit dem Tag des Sieges über Japan, dem 2. 9. 1945, endete der erste Krieg, der nach Kenesianischen Grundsätzen geführt wurde. (S. 203)

Das sind Sätze, die eine Partei, die anfänglich stark pazifistisch ausgerichtet war, bedenken sollte. Aber man hat bei der SPD, die einmal bodenreformerisch ausgerichtet war, gesehen, dass Grundanliegen einer Partei dann zu einem Erinnerungsposten in der Ablage werden, wenn es um den Machterwerb oder -erhalt geht. Aber eine Partei sollte einen unbelasteten Begriff wählen, wenn sie etwas Neues zu bieten hat. Aber im vorliegenden Fall ist das überflüssig, weil die Grünen mit ihrem GREE NEW DEAL gar nichts Neues zu bieten haben, sondern sie bieten den alten Deal mit neuem Farbanstrich an. Hier wird nicht ein anderes Land der wirtschaftlich stimulierende Feind, der die Rüstung legitimiert, sondern die Nutzung der fossilen Energie ist der Feind und der Klimawandel die Peitsche für jene, die das

nicht einsehen wollen oder können. Und sie haben dabei Glück, dass sie glaubhaft machen können, dass der Verbrauch von fossiler Energie genau so eine Bedrohung der Menschen ist wie 1939 die Nazis. Sie brauchen bei der Realisierung nicht staatliche Mittel in militärische Rüstung zu stecken, sondern nur in die Umrüstung auf alternative Energien. Das ist nicht das, was den Gründern der grünen Partei vorschwebte. Ich halte die Entwicklung nicht als den Ausdruck eines bösen Willens, sondern als Ergebnis der Unterdrückung einer offenen Erörterung der Möglichkeiten, wie wir unsere Ökonomie gestalten können. Die Aussage gilt nicht nur für die GRÜNEN, sondern für alle Parteien, ja für die ganze BRD seit ihrer Gründung. Aber auch hier vermute ich nicht die Wirkung eines bösen Willens oder einer Verschwörung, sondern die Wirkungen unterschiedlicher irriger Glaubenssätze als Grundlage von Entscheidungen und Verhaltensmustern. Einem Versuch der Klärung nützt es gar nichts, wenn versucht wird, Entscheidungsträger der Vergangenheit nachträglich abzukanzeln und Ökonomieschulen zu schmähen. Die Fehler in angewendeten Ökonomietheorien müssen zwar vorwiegend von Menschen ausgebadet werden, die damit nichts zu tun haben, aber es gilt auch, dass die Irrtümer in der Ökonomie der Reichtum der Volkswirtschaftslehre sind, denn an Hand der Fehler und ihren Wirkungen können bessere Rezepte entwickelt werden.

Neue Ökonomie-Theorien werden entwickelt und in einem mühsamen Prozess zur Wirkung gebracht, wenn jeweils die etablierte nicht das leistet, was von ihnen erwartet wird. Es gibt dabei jeweils Förderer und Behinderer,<sup>13</sup> die ihre Einsichten, Überzeugungen und Interessen einbringen. Ich selber habe ja noch den Zusammenbruch der Kriegswirtschaft im Nationalsozialismus erlebt. Als der Krieg zu Ende ging, waren meine Eltern mit uns Kindern wegen der näher kommenden Kampfhandlungen noch weiter ins Moor geflüchtet. Dort habe ich – elf-jährig – meinen jüngeren Bruder – Jg. 1939 – von dem Barßeler Markt mit den Karussells und Buden, den ich vor dem Krieg erlebt hatte, erzählt und ihm gesagt, dass dieser nach dem Krieg wieder da sei. Ja, nach dem Krieg hatten wir in Deutschland West viele Märkte, es waren Schwarzmärkte, deren Verbot sich nur immer für Stunden durchsetzen konnte. Und in den noch vorhandenen regulären Läden galt es schon früh morgens, Schlange zu stehen. Und oft hörte man – bevor man dran war - „Ausverkauft!“<sup>14</sup> In dieser Situation galt es ja auch, zu einer neuen Form der Wirtschaft zu kommen. Hätten damals jene politischen Kräfte, die sozialdemokratisch dachten, die Mehrheit gebildet, hätten wir sicher eine Wirtschaft bekom-

---

13 Sie haben die Nützlichkeit von Antreibern und Bremsern in Unternehmen, die mir in Vorlesungen zur Betriebswirtschaft vermittelt wurden.

14 Nach der Währungsreform 1948 – die im eigentlichen Sinn keine war, sondern nur Geldausgabenbeschränkung und der Wechsel des Namens – waren die Schaufenster plötzlich voll.

men, die mit der DDR vergleichbar wäre. Die Entscheidung wäre nicht getroffen worden, weil damals die Sozialdemokraten unfähige oder schlechte Menschen gewesen waren oder ihre Ziele inhuman, sondern weil ihre Vorstellungen stark marxistisch und damit zentralverwaltungswirtschaftlich geprägt waren und zu keinem guten Ergebnis gekommen wären. Später fand der Keynesianismus Platz in ihren Köpfen (Ich vermute, weil er viel Raum bietet für staatliche Eingriffe in den Markt.) Heute haben sich die Sozialdemokraten mit dem Kapitalismus arrangiert, aber in der Marktwirtschaft sind sie immer noch nicht wirklich angekommen. Und wohin die „bürgerlichen“ politischen Kräfte mit ihrem Kern, der CDU, steuern würden, war anfangs auch nicht eindeutig. In dem *Ahlener Programm* der CDU von 1947 ist zu lesen:

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen.

Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert.“

[https://de.wikipedia.org/wiki/Ahlener\\_Programm](https://de.wikipedia.org/wiki/Ahlener_Programm)

Ich denke, so eindeutig war den Mitgliedern der CDU nicht, welche Schlüsse daraus zu ziehen seien. Dass es dann in Richtung „Soziale Marktwirtschaft“ ging, ist kleinen Gruppen und Einzelpersonen mit Mut und Einfluss zu verdanken. Da waren zum einen die Ordoliberalen (auch Neoliberale genannt, aber nicht jene, die heute in der Kritik stehen) und von den Freiwirten, die die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft als organisatorische Grundlage mit den Ordoliberalen gründeten. Von den Einzelpersonen kann ich Alfred Müller-Armack mit seinem Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ benennen und natürlich auf Ludwig Erhard verweisen, auf den immer noch zurückgegriffen wird, ohne zu klären, warum er letztlich gescheitert ist. Konrad Adenauer – über dessen Rolle in der Suche nach einer neuen Wirtschaftsform ich mir nicht im Klaren bin - war wohl insofern ein Förderer, weil er gegen kollektivistische Lösungen war. Das Modell *Soziale Marktwirtschaft* selbst ist gescheitert, weil theoretische Differenzen zwischen den Ordoliberalen und Freiwirten nicht ausgeräumt werden konnten, bevor wichtige Akteure starben und weil im bürgerlichen Lager

starke Kräfte wirkten, denen die Marktwirtschaft in ihrer einfachen Klarheit des dezentralen Leistungsaustausches nicht genügte, sondern sie in ihrer kapitalistischen Ausprägung – die realistisch betrachtet eine Verformung bzw. Verfälschung ist - wollten. Mir ist bis heute unklar, ob diese Umprägung der noch nicht ganz ausformulierten Idee der Sozialen Marktwirtschaft aufgrund von irrigen Vorstellungen oder aufgrund nackter Interessenpolitik geschah. Zuerst ist der Kurswechsel gar nicht aufgefallen, weil der Widerspruch zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus in den ersten Jahren nach dem Start eines vorhergehenden Zusammenbruchs nicht gleich sichtbar wird. Fortan war der Begriff von der Sozialen Marktwirtschaft nur noch eine Worthülse für die Parteipropaganda. Eine Korrektur durch die Freiwirtschaft konnte nicht erfolgen, weil sie aus den Hochschulen herausgehalten wurde und in den wenig wirksamen Bereich des mehr oder weniger privaten verbannt wurde. Ich deute die 68er Protestbewegung als Preis für diese Unterdrückung der freiwirtschaftlichen Wurzel des Modells der Sozialen Marktwirtschaft. Studierende und Lehrende mussten bei der wahrgenommenen Fehlentwicklung zwangsweise Zuflucht bei *Karl Marx* suchen, weil ihnen die freiheitliche Alternative *Silvio Gesell* nicht bekannt war.<sup>15</sup> Diese Geschichte kann sich in absehbarer Zeit wiederholen. Wer sich über diese Zusammenhänge informieren will, findet viele Informationen in dem Heft 273/4 der **Fragen der Freiheit** mit dem Titel „Ordoliberalismus und Freiwirtschaft“ Es ist eine Denkschrift für Otto Lautenbach von dem Mitbegründer der Aktion Soziale Marktwirtschaft (ASM). ( [www.sffo.de](http://www.sffo.de) ) Auszüge sind auch auf meiner Internetpräsentation zu finden und weitere Quellen im Archiv für Geld- und Bodenreform, das in der Universität Oldenburg untergebracht ist.

( [http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv\\_Geld-\\_und\\_Bodenreform/archiv\\_geld-\\_und\\_bodenreform.html](http://www.sozialoekonomie.info/Archive/Archiv_Geld-_und_Bodenreform/archiv_geld-_und_bodenreform.html) )

( <http://www.bis.uni-oldenburg.de/startseite/profil-des-bibliotheks-und-informationssystems/archiv-und-sammlungen/archiv-fuer-geld-und-bodenreform/> )

Die vorherrschende Leitidee der Ökonomie wurde gegen Ende der 60er Jahre der Keynesianismus, weil die verstümmelte Idee von der Sozialen Marktwirtschaft eine unbrauchbare Gebrauchsanleitung geworden war. Die Süddeutsche Zeitung vom 7. Juli 2017 bringt unter Wirtschaft einen Artikel mit dem Titel „Der Traum von der Vollbeschäftigung“ von Thomas Öchsner. Im Untertitel heißt es u.a. „Das klingt gut – nur: Kann das überhaupt klappen? Und was ist an einer solchen Ansage tückisch?“ Das beigefügte Bild stellt Ludwig Erhard als Plattenkover in einem Abstellkarton dar, eine doppelsinnige Erinnerung an ihn. Unter der Abschnittsüberschrift „Gab es schon einmal Vollbeschäftigung in Deutschland?“ heißt es:

---

15 Die Aussage sollte nicht als eine Herabwürdigung von Marx und als ein „Auf den Sockel stellen“ von Gesell verstanden werden.

Ja, in den Sechzigerjahren auf dem Höhepunkt des Wirtschaftswunders. Die Arbeitslosigkeit nach dem Zweiten Weltkrieg war damals abgebaut. Werte unter einem Prozent waren der Normalfall, Deutschland machte sich auf die Suche nach den sogenannten Gastarbeitern. Selbst in der Rezession von 1966/67 lag die Arbeitslosenquote nur wenig über zwei Prozent. In den Siebzigerjahren war es damit vorbei. Die Zahl der Arbeitslosen stieg und stieg.

Und unter „Gibt es bereits Vollbeschäftigung?“ ist zu lesen:

Ja, die Nürnberger BA zählt allein 14 Kreise und kreisfreie Städte, in denen die Quote sogar unter zwei Prozent liegt. Sie befinden sich alle in Bayern. Am besten schneidet demnach Eichstätt ab (1,3 Prozent), gefolgt von Neumarkt in der Oberpfalz, Regensburg, Erding und Pfaffenhofen an der Ilm. Der Chef des Münchner Ifo-Instituts, Clemens Fuest, sagt deshalb: Die Zahlen zeigten, „dass Vollbeschäftigung im Sinne einer Arbeitslosigkeit unter drei Prozent möglich ist“. Der deutsche Arbeitsmarkt ist allerdings gespalten: Vor allem in Nordrhein-Westfalen und in Teilen Ostdeutschlands ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor hoch. Am höchsten ist sie allerdings in Bremerhaven mit einer Quote von 13 Prozent. Es folgen Duisburg, Pirmasens, Herne und der Landkreis Uckermark.

Mit dem ersten Abschnitt kann ich den Wechsel in der herrschenden Ökonomie verdeutlichen und beide Abschnitte enthalten auch Fakten meiner persönlichen Geschichte. Noch vor dem Abschluss meines Studiums an der Akademie für Wirtschaft und Politik (AWP) im Oktober 1966,<sup>16</sup> muss wohl die Berufung von Karl Schiller zum Bundeswirtschaftsminister durchgesickert sein. (Karl Schiller, war ein Keynesianer und Mitbegründer der Akademie für Gemeinwirtschaft.) Jedenfalls erzählte ein Dozent mit leuchtenden Augen davon und trug das so vor, als sei jetzt sicher, dass der Laden in Bonn durch ihn auf Trapp gebracht würde. Ich hatte aufgrund meiner freiwirtschaftlichen Kenntnisse, die dort nichts galten und eher als eine zu bekämpfende Irrlehre galten, diese Hoffnung nicht. Die zwei Prozent Arbeitslose für 1966/67, die in dem Zitat benannt werden, sind aus heutiger Sicht so gut wie nichts, aber damals haben sie eine große Verunsicherung ausgelöst und hatten für mich persönlich und meine junge Familie fatale Folgen. Ich hatte für die Zeit nach dem Examen ein Arbeitsangebot in einer Einrichtung für Erwachsenenbildung. Da wollte ich hin, weil ich selber viel Gutes durch die Erwachsenenbildung erfahren habe. In der 1. Rezession nach der Vollbeschäftigung wurden dem Träger der Einrichtung, die mir das Angebot gemacht hatte, aber öffentliche Mittel gekürzt, so dass dieser mich nicht übernehmen konnte. Da ich politisch und beruflich kein Profil hatte, das in eines der marktüblichen Schemata passte, war ich nach dem Ex-

---

<sup>16</sup> Anmerkungen und eine Fußnote zur AWP befinden sich wegen der Länge im Text 149.1.

amen arbeitslos. Der ursprüngliche Plan <sup>17</sup> meiner damaligen Frau, dass sie während meines Studiums als Sozialarbeiterin das nötige Geld verdienen wollte, ging schief, weil sie schwanger wurde und wir am Ende des Studiums drei Kinder, aber kein Geld hatten und zum Wohnen nur eine Gartenlaube mit einer Wasserpumpe im Garten und einem Eimer als Klo. Um wenigstens das Wohnungsproblem zu lösen, haben wir ein Wohnungsangebot in Bremerhaven – wo ich Verwandte hatte und habe – angenommen. Ich wusste zwar, dass der Arbeitsmarkt (auch) 1966/67 in Bremerhaven schlecht war, musste dann aber feststellen, dass die Verhältnisse dort noch schlimmer waren, als ich angenommen hatte. Weder bei den Banken konnte ich als Bankkaufmann unterkommen, noch auf dem Bau war eine Arbeit zu finden. Meine damalige Frau hat dann bei der Stadt als Sozialarbeiterin in Teilzeit gearbeitet und ich habe mich als Außendienstmitarbeiter bei einer Versicherung anheuern lassen und während ihrer Abwesenheit, die Kinder gehütet,<sup>18</sup> deren Zahl im Februar 1968 auf 4 angewachsen war. Da das Versicherungsgeschäft nicht gut lief, weil ich mich zu sehr auf die Probleme der Kunden eingelassen und zu viel Politik im Kopf hatte, bin ich dann nach Bremen gefahren um im Hochbau als Eisenflechter (später in einem Betonwerk bei Bremerhaven) zu arbeiten.<sup>19</sup> Wirtschaftlich überlebt haben wir in den schwierigen Zeiten durch Unterstützung aus unseren Herkunftsfamilien.

Ich füge jetzt ein paar Links zu Karl Schiller ein. In dem einen Beitrag wird auch auf eine Anzeigenkampagne von Schiller und Erhard hingewiesen. Dazu ist auch ein Beitrag von mir auf meiner Internetseite zu finden. ( [https://de.wikipedia.org/wiki/Karl\\_Schiller](https://de.wikipedia.org/wiki/Karl_Schiller) / *Ökonomische Theorien und ihre Wirkungsmacht* <https://www.linksnet.de/artikel/23266> und <http://www.ludwig-erhard.de/erhard-aktuell/standpunkt/wirtschaftswachstum-kontrover-ludwig-erhard-versus-karl-schiller/> Neulich kam mir mein Brief vom Januar 1971 an *Dr. Wilhelm Nölling M.A., MdB* wieder vor die Augen. Nölling (rund zwei Monate älter als ich) wurde gegen Ende meines Studiums Assistent an der AWP, die er vor seinem Studium in den USA selber absolviert hatte. Zu dem Zeitpunkt der Niederschrift meines Briefes war er SPD-Abgeordneter im Bundestag, er war Senator im Senat der Hansestadt Hamburg, Präsident einer LZB und zuletzt Professor der Wirtschaftswissenschaft an der Uni in Hamburg. Außerdem war Nölling neben Starbatty, Schachtschneider und Hankel einer der Kläger

---

17 Der war durchaus realistisch. Sie hatte ein Arbeitsangebot, das mit einer Bereitstellung einer Wohnung verbunden war.

18 Ein Kindergarten spielte da auch noch eine Rolle. Das erwähne ich nur, um mich nicht in einem zu positivem Licht zu zeichnen.

19 [https://de.wikipedia.org/wiki/Betonstahlbieger\\_und\\_-flechter](https://de.wikipedia.org/wiki/Betonstahlbieger_und_-flechter)

gegen den Euro vor dem Verfassungsgericht („Die Euro-Klage / Warum die Währungsunion scheitern muß“, 1998)<sup>20</sup> Ich erwähne das nicht nur, weil er ein Beispiel für die beachtlichen Karrieren ist, die die AWP jungen Erwachsenen ohne Abitur ermöglicht hat, sondern auch, weil durch den Inhalt meines Briefes aus der Vergangenheit einer der blinden Flecken der Nationalökonomie, der Wirtschaftspolitik und Berichterstattung benannt wird, nämlich das Bodenrecht.<sup>21</sup> Wer sich für den Brief interessiert, findet ihn unter der Textziffer 149.1. Dorthin übertrage ich auch eine aktuelle Nachricht zum Thema Grundsteuerreform.

Die Beherrschung der Wirtschaftspolitik durch den Keynesianismus hat bekanntlich nicht lange gedauert. Es stellte sich das ein, was dann Stagflation genannt wurde.<sup>22</sup> Eine Inflationierung der Währung, bei stagnierender Wirtschaft mit Arbeitslosigkeit und steigender Staatsverschuldung. Da die Bundesbank – nach meinem Eindruck – nie konsequent den Keynesianern gefolgt ist, hat das defizit spending (eine Geldvermehrung, die die ausfallende Nachfrage ersetzen soll) nicht wie heute beim EZB-Präsident mit der Notenpresse betrieben. Das defizit spending wurde zu lasten der öffentlichen Haushalte betrieben. Die Ursache der Inflation lag m. E. darin, dass die DM in ein System fixierter Wechselkurse eingebunden war und die Notenbank verpflichtet war, Devisen bei einem Zwangskurs gegen DM anzukaufen. In diesem Zwangskurs war die DM aber unterbewertet. Auf diese Weise kamen immer mehr DM in den Umlauf, als für die Geldwertstabilität erforderlich waren. Immerhin hat die Bundesbank mit einem Teil der Devisen Gold angekauft. Der Goldbestand der Bundesbank hat also seine Ursache in der Entwertung des Einkommens und der Sparmittel der Bürger in dieser Zeit und gehört somit denen, die mit Entwertung ihres Geldes und Sparmittel dafür bezahlt haben. Neben diesen Ungereimtheiten hatten wir auch noch eine Rentabilitätskrise. Die Lohnquote des Volkseinkommens war in der Zeit der Vollbeschäftigung zu Lasten der Kapitalquote gestiegen, so dass schon von der Außerkraftsetzung des ehernen Lohngesetzes gesprochen wurde. Die Wirkungen kann man bei Marx, Keynes und eben auch bei Gesell nachlesen. Ich habe in meinem Text Arbeitslosigkeit von 1977 (<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/1.1%20Arbeitslosigkeit%201977.pdf>) u. a. geschrieben:

---

20 [https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm\\_N%C3%B6lling](https://de.wikipedia.org/wiki/Wilhelm_N%C3%B6lling)

21 Es ist nicht so, dass die Probleme des Bodenrechts in der Presse nicht vorkommen, das Gegenteil ist der Fall. Nur die Ursachen der Probleme, werden nicht erkannt und benannt.

22 <https://de.wikipedia.org/wiki/Stagflation>

### TZ 33

Da das Geld im Gegensatz zu den Waren so gut wie keine Lagerungskosten verursacht, verhalten sich die jeweiligen Geldbesitzer bewußt oder unbewußt konjunkturfeindlich, indem sie das Geld horten, d.h. dem Kreislauf entziehen, wenn der Zins gegen Null sinkt, wobei die Liquiditätsfalle des Geldes erfahrungsgemäß bei 3% liegt. "Seit 1968 jedenfalls war der Kapitalmarktzins nicht mehr so niedrig wie zur Zeit. Verglichen mit einer Preissteigerung von knapp unter 4 % stellt er, wenn man diesem Vergleich folgen will, einen Realzins von etwa 2 1/2 % dar, was an sich eher niedrig ist."<sup>23</sup> Wie aber schon aufgezeigt wurde, ist die Produktion eng mit der Nachfrage verzahnt. Nachfrage drückt sich aber - das sei hier wiederholt - immer in Geld aus. Die Herausnahme von Geldeinheiten aus der Zirkulation (Hortung) bedeutet somit Nachfrageausfall; dieser wiederum bewirkt eine Produktionsdrosselung und diese hat zur Folge, daß Arbeitskräfte nicht mehr beschäftigt werden können.

### TZ 34

Bei uns in der BRD hat man / frau seit dem letzten Krieg mehr unbewußt diesen Mangel, der unserem Geld anhaftet, dadurch kompensiert, daß das Geld durch leichte Inflationsraten mit einer Umlaufsicherung versehen wurde. Unbewußt hat man das Instrument der leichten Inflation zur Verstetigung der Konjunktur deshalb gewählt, weil die bewußte Anwendung dieses Instrumentes die Einsicht in die und die Anerkennung der Quantitätstheorie des Geldes vorausgesetzt hätte. Das war nicht der Fall. Der bewußte Anteil dieser Geldpolitik war mit der Kenntnis der konjunkturtheoretischen Einsichten von J. M. Keynes bei unseren Wirtschaftspolitikern gegeben.<sup>24</sup>

### TZ 35

Der Nachteil dieser Konjunkturpolitik bestand (bzw. besteht) in unangenehmen Nebenerscheinungen, z.B. der ständigen Umverteilung von Vermögensteilen durch die Inflationsraten und deren ständiges Wachsen. Diese Politik wurde als gefährlich erkannt und jetzt bereits zum zweiten Mal durch eine Stabilitätspolitik abgelöst, die keine Stabilität brachte, weil die Verringerung der jährlichen Inflationsrate ohne begleitende stabilisierende Maßnahmen wie eine Deflation (Verringerung der umlaufenden Geldmenge) wirkte. Bei fallenden Preisen und bei weniger steigenden Preisen ist genauso wenig eine kaufmännische Kalkulation möglich, wie bei einer galoppierenden Inflation.

---

23 Im Originaltext die Endnummer 14: Dr. Heinrich Irmeler "Stabilität als Aufgabe und Verantwortung" in Deutsche Bundesbank - Auszüge aus Presseartikeln Nr. 52 vom 26.5. 77.

24 Im Original Endnote 15:

In der Freiwirtschaftsschule wird seit 1915 die leichte Inflation als Stimulanzmittel der Konjunktur behandelt. Von Dr. Theophil Christen wurde ein System der Doppelwährung (Festmark und Zahlmark) entwickelt und 1920 unter dem Titel "Das Geldwesen - ein dynamisches System" im Pestalozzi-Haus, Bern, veröffentlicht. Werner Zimmermann beschreibt in "Geld + Boden", Humanta Verlag, auf Christen eingehend die Wirkung der leichten Inflation auf Seite 79 so: "Die kleine laufende Geldvermehrung bringt alle Leistungsenergien des Marktes zum Einsatz. Sie ist das Erfolgsgeheimnis des Wirtschaftswunders der Freiheit" Es ist nicht auszuschließen und kein Einzelfall, daß freiwirtschaftliches Gedankengut ohne Bezugnahme auf die geistigen Quellen in die praktische Politik eingeflossen ist. Wahrscheinlicher ist aber, daß der Erfolg der Erhardschen Konjunkturpolitik auf den systemwidrigen fixierten Wechselkursen beruhte (Welche Ironie!), die aufgrund der Unterbewertung der Deutschen Mark eine laufende Zunahme der Geldmenge im Inland mit sich brachte.

### TZ 36

Zurückhaltung ist einzelwirtschaftlich gesehen in solchen Situationen das Gebot der Stunde; gesamtwirtschaftlich verursacht diese Zurückhaltung aber die bekannten verheerenden Folgen. Hinzu kommt, daß von Seiten der Bundesbank die Stabilitätspolitik mit der enormen Verknappung und Verteuerung des kurzfristigen Geldes eingeleitet wurde. Neben der Rentabilitätskrise wurde dadurch vielen Unternehmen auch noch eine Liquiditätskrise beschert.

### TZ 37

Der Erfolg dieser Stabilitätspolitik ist bekannt: Mehr Arbeitslosigkeit als Geldwertstabilität. Erfolgreich war diese Politik vielleicht aus der Sicht jener Unternehmer, die nicht durch die Krise in den Konkurs getrieben wurden, sich aber eine Dämpfung des "Übermutes" der Arbeitnehmer wünschten. Ein toller Erfolg für die Sozialliberale Koalition!

### TZ 38

Doch spätestens seit Proudhon. (1809 - 1865) weiß man / frau, daß die Konjunkturstörungen ihre Ursache in den Zirkulationsstörungen des Geldes haben, spätestens seit Gesell (1862 - 1930) sind die Wirkungszusammenhänge exakt beschrieben und die Lösungsmöglichkeiten ungenutzt.

Der letzte Satz weist auf eine enorme Ignoranz der Wirtschaftswissenschaften und der Wirtschaftspolitik hin. Da den Wirtschaftspolitikern und Wirtschaftswissenschaftlern Gesell ein Tabu oder unbekannt war, waren sie natürlich froh, einer neuen Lehre folgen zu können. Und der führende Kopf war Milton Friedman. Diese damals neue Lehre nennt man Chicagoer Schule, Monetarismus oder auch Neoliberalismus. Da dieser Neoliberalismus sich wesentlich von dem Neoliberalismus, der als Synonym für Ordoliberalismus im Umlauf ist, unterscheidet, ist zweckmäßig, um Missverständnisse zu vermeiden, ihm einen Beinamen zu geben. Ich behelfe mir damit, vom Neoliberalismus zweiter Prägung zu sprechen. Da inzwischen die Anwendung des Neoliberalismus – der bei uns mit keynesianischem Staatsinterventionismus vermischt ist – ebenfalls Ergebnisse zu Tage gefördert hat, die beunruhigen und manchen auch bedrücken mögen, aber Warum und Wieso nicht geklärt wird, dann ist es kein Wunder, dass die Neoliberalen heute Ableiter für die eigene Angst, die eigene Frustration und für das Unverständliche sind. In jeder Krisenzeit, deren Ursachen nicht aufgeklärt werden, suchen Menschen einen Sündenbock. Es ist gut, dass Neoliberale im Alltag für die Allgemeinheit nicht erkennbar sind, sonst kämen sie vermutlich in arge Bedrängnis. Auch wenn die Neoliberalen grobe Fehler gemacht haben, ist das völlig ungerecht, ihnen alleine die Rolle des Sündenbocks zuzuschreiben, denn wie Marx, Eucken, Röpke, Keynes wollten auch Friedman und Gesinnungsgenossen nicht die Menschen bedrücken, sondern beglücken.

Es wäre auch in Deutschland die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaftler – die den Bürgern nicht wenig an Kosten verursachen – die Schwachstellen der Chicagoer Schule aufzudecken und diese durch bessere Elemente zu ersetzen und dem Volk zu vermitteln, so dass dieses sich in einem Volksentscheid für eine gewünschte Wirtschaftsform entscheiden kann, wenn der Bundestag sich mit einem solchen Anliegen überfordert sieht. Aber bei uns gibt es zu viele Leute, die sich für klug halten und glauben, dass sich Kritik in einem oberflächlichen Verurteilen erschöpft.

Es folgt ein Link zu einem Eintrag über Milton Friedman in Wikipedia.

[https://de.wikipedia.org/wiki/Milton\\_Friedman](https://de.wikipedia.org/wiki/Milton_Friedman)

Im Netz habe ich einen guten Beitrag von Ralf Dahrendorf über Friedman gefunden. Der Anlass war, dass Friedman 1976 der Alfred-Nobel-Gedächtnispreis für Wirtschaftswissenschaften verliehen wurde.

### **Nobelpreis für Milton Friedman: Ein radikaler Liberaler**

Von Ralf Dahrendorf

DIE ZEIT vom 22. Oktober 1976, Aktualisiert am 21. November 2012

<http://www.zeit.de/1976/44/ein-radikaler-liberaler/komplettansicht>

... Von seinen Büchern wird heute vor allem die Neuauflage der „Monetären Geschichte der Vereinigten Staaten“ gern zitiert, weil in ihr der empirische Nachweis geführt werden soll, daß die Geldmenge der wichtigste Faktor der inflationären Bewegung, wenn nicht der Wirtschaftsentwicklung überhaupt ist. Seine breitere Wirkung beruht indessen auf den Bänden seiner Aufsätze und Vorlesungen, „Essays in positive Economic“ (1953), „Capitalism and Freedom“ (1962), „Optimum quantity of money and other essays“ (1969).

Darin also herrscht Übereinstimmung, daß der große Meister in Chicago die Ehre verdient hat, die ihm nun zuteil wird. Damit allerdings dürfte die Übereinstimmung auch schon aufhören; denn Milton Friedman ist ebenso streitbar wie umstritten. Sein Werk richtet sich direkt gegen den Zeitgeist. Gegen den Wohlfahrtsstaat und dessen Ökonomen Zwilling, die staatliche Konjunkturpolitik, hält er eine moderne allliberale Position von erbarmungsloser Konsequenz. Wer seine Theorien in Frage stellen will, tut gut daran, sich wohl zu wappnen; denn während Friedman eigene Selbstzweifel gut zu verbergen versteht, hat er schon manchen seiner Kritiker zum Zweifel an sich selbst gebracht. Ich spreche da aus Erfahrung; denn als ich ihm 1957 begegnete, machte er sich alsbald daran, mir meinen „Sozialdemokratismus“ auszureden, den weichen europäischen Glauben an die möglichen Wohltaten des Staates; und da die Begegnung (am Center for Advanced Study in the behavioral Sciences in [Palo Alto](#)) ein dreiviertel Jahr dauerte, blieb sie

nicht ohne Folgen.

Friedmans Staat ähnelt dem, was Robert Nozick kürzlich den „minimal state“ genannt hat. Ein Anarchist, sagt Friedman, sei der konsequente Liberale nicht; er wolle vielmehr die Staatsfunktionen auf die „Spielregeln“ beschränken: ...

Das Schlusswort von Dahrendorf

Indes unterschätzt der Nobelpreisträger vielleicht das Gewicht dieser Wahrheit. Er nimmt an, daß die Welt „sauber“ sein will, während doch tatsächlich Menschen ihre Lebenschancen auch im Wirrwarr finden, sogar ohne Philosophen-Könige oder ihr modernes Gegenstück, Ökonomen-Minister. So wird in der Praxis Friedman Keynes nicht ersetzen, sondern ergänzen und hier und da korrigieren, was ja auch bereits eine beachtliche Leistung ist.

Aus meiner Sicht der Dinge kann man sagen: Der Neoliberalismus zweiter Prägung konnte sich nicht ausbreiten, weil er machtpolitisch durchgesetzt wurde, sondern weil die Keynesianer wirtschaftspolitisch abgewirtschaftet hatten und ihm keine kraftvolle Idee entgegenzusetzen hatten. Es ist unredlich, das Versagen der einen Schule dem Versagen der anderen Schule zuzurechnen.

Marx und Gesell unterscheiden sich nicht in allem, was es ökonomisch zu bedenken gibt. Es kommt aber darauf an, welchen Marx für den Vergleich heranzieht. Das ist nicht meine Einsicht, sondern ich verlasse mich hier auf das Urteil anderer. Literatur zu diesem Komplex:

„*Warum der Marxismus scheitern musste. Widersprüche zwischen Mehrwerttheorie - Grundlage der realsozialistischen Versuche - und der Geldtheorie von Marx - Basis eines Sozialismus in Freiheit?*“, Rhade 1991, Anders-Leben-Verlag, [ISBN 3-927501-03-4](https://www.isbn-international.org/number/3-927501-03-4). „ von Georg Otto. ( [https://de.wikipedia.org/wiki/Georg\\_Otto](https://de.wikipedia.org/wiki/Georg_Otto) )

„*Der Kapitalismus als monetäres Syndrom / Aufklärung eines Widerspruchs in der Marxschen Politischen Ökonomie*“ von Dieter Suhr  
( <http://www.dieter-suhr.info/de/> )

Dass der Ordoliberalismus gescheitert ist, liegt daran, dass die Gründerväter sich in der Zeit, die ihnen nach dem Krieg zur Verfügung standen, Gesells Einsichten nicht aneignen konnten, die Erben sich in den Instituten und Stiftungen, die nach den Gründern und Träger der ordoliberalen Politik benannt wurden, sich als Ignoranten erwiesen haben und der Wille<sup>25</sup> in den Parteien, die sich die Soziale Marktwirtschaft auf die Fahne geschrieben hatten, nicht die Erreichung des Zieles Marktwirtschaft, sondern auf das des Kapitalismus ausgerichtet war.

---

25 Der sicher bei manchem führendem Parteimitglied ein Mangel an Durchblick war.

Der Keynesianismus ist gescheitert, weil Keynes aus politischer Rücksicht oder aus Eitelkeit Gesell zwar in der Analyse folgte (oder ihn bestätigte), ihm aber in der Lösung des Problems nicht folgte.

Die Neoliberalen zweiter Prägung sind genauso am Scheitern, wie die Ordoliberalen gescheitert sind, weil sie die Ergebnisse der Freiwirtschaftsschule nicht in ihr Denkmodell integrieren wollten oder konnten. Sie haben dadurch der Idee einer freien Gesellschaft der freien Bürger – genau wie die FDP mit ihrem kastrierten Liberalismus - einen Bärendienst erwiesen.

Das Urteil über den Green New Deal der GRÜNEN steht noch aus. Bin ich eigentlich qualifiziert, Urteile über Ökonomie-Schulen und ihre politische Anwendung zu fällen? Wenn es nicht die Idee gäbe, dass in der Demokratie jedem Bürger ein Urteil über das zusteht, was in seiner Gesellschaft gedacht und praktiziert wird, würde ich sagen Nein! Denn ich bin mehr oder weniger ein Feierabend-Ökonom. Und meine Graduierungsurkunde zum Volkswirt darf man gerne als eine Bescheinigung einer Volkshochschule ansehen, die besagt, dass ich an Kursen zu Themen der Gesellschaft und Wirtschaft teilgenommen habe. Ich springe nur in die Bresche für die fehlenden Zeitgenossen, die besser für diese Aufgabe qualifiziert wären. Wenn hier genügend Aufklärer vorhanden wären, bräuchte ich nicht in Sorge leben, dass ich mich möglicherweise in meiner Argumentation zu sehr aufblähe. Ich schreibe ja nicht so, weil ich noch etwas werden will oder recht haben möchte, sondern ich strebe nach dem Gefühl, das mir sagt: „Nun ist es genug, du hast versucht, deinen Teil an Aufklärung zu leisten. Du kannst in Frieden mit dir selbst, dich auf deinen Abgang einstellen.“ Die Todesanzeigen, in denen mein Alter oder Jahrgang immer häufiger benannt werden, zeigen mir nämlich, dass ich nicht mehr allzu viel Zeit habe. Darüber hinaus akzeptiere ich für mich den bekannten Spruch „Ich weiß, dass ich nichts weiß!“<sup>26</sup>.

Das, was in der Ökonomie schief läuft, das ist nicht wenig und hat große Wirkungen. Es gibt in der Ökonomie keine kleinen Fehler, hat einer gesagt. Die Aussage ist nachvollziehbar, weil immer eine große Zahl an Menschen von den Fehlern betroffen ist. Sicher spielen im Erkennen von ökonomischen Fehlern, in der Theoriebildung und -durchsetzung im Lehrbetrieb und in der praktischen Anwendung Eitelkeiten, Verteidigung eigener Position, Ideolo-

---

26 [https://de.wikipedia.org/wiki/Ich\\_wei%C3%9F,\\_dass\\_ich\\_nichts\\_wei%C3%9F](https://de.wikipedia.org/wiki/Ich_wei%C3%9F,_dass_ich_nichts_wei%C3%9F)

<https://apanat.wordpress.com/2015/03/17/ich-weis-dass-ich-nichts-weis-der-satz-stammt-weder-von-sokrates-noch-von-plato/>

gien und Interessenvertretung eine Rolle. Da diese Kräfte oder Behinderungen nicht gleichgerichtet sind, dürften diese Eigenschaften und Haltungen nicht die Erklärung für die Schwäche der theoretischen Ökonomie abgeben und für das Verharren der Wirtschaftspolitik in falschen Annahmen. Auch ist es nicht so, dass Ökonomen eine negative Auslese von Menschen einer Gesellschaft sind. Trotzdem muss es etwas geben, das den Mangel in der Forschung, der Lehre und der Anwendung erklären könnte. Ich vermute, dass die Schwäche in der Art der Organisation und Finanzierung der Wirtschaftswissenschaft liegt. Ich habe aber keine konkreten Hinweise. Merkwürdig erscheint mir aber, dass Personen, die die Zusammenhänge der Marktwirtschaft lehren, selber mit ihrer Tätigkeit und der Entlohnung ihrer Leistung nicht vom Markt abhängig sind. Es kann sein, dass Ökonomen aus politischen Gründen oder weil sie einer Ökonomie-Schule anhängen, die gerade nicht gefördert werden soll, nicht berufen werden. Wenn sie erst einmal im Wissenschaftsbetrieb drin sind - so erscheint es mir - können sie viel Unsinn predigen, ohne dass das für sie große Konsequenzen hat, der Unsinn muss nur noch irgendwie vom Mainstream der Lehrmeinungen oder einem Lehrbuch der Ökonomie abgedeckt sein. Dabei ist solange nichts gegen ihre Bindung an einer Schule zu sagen, solange sie nicht zu Propheten einer Lehrmeinung werden und solange ein chancengleicher Wettbewerb der Ökonomieschulen besteht. Aber der besteht nach meiner Einschätzung nicht.

In einem Wartezimmer erregte die Ausgabe 3.17 von „Spektrum der Wissen“ meine Aufmerksamkeit. Der Leitartikels lautet: „Wie Sprache entsteht / Linguisten stürzen Noam Chomskys Universalgrammatik“. Auf der Seite 14 ist ein Zitat von dem Physiker Max Planck zu lesen, das ich im Laufe der Zeit schon öfter gelesen habe. Es lautet:

„Eine neue wissenschaftliche Wahrheit pflegt sich nicht in der Weise durchzusetzen, dass ihre Gegner überzeugt werden und sich als belehrt erklären, sondern vielmehr dadurch, dass ihre Gegner allmählich aussterben.“

Der Austausch „wissenschaftlicher Wahrheiten“ durch den Generationswechsel mag für manche Wissenschaften das angemessene Tempo sein,<sup>27</sup> für die Wirtschaftswissenschaft aber nicht, weil wir uns nicht in jeder Generation durch eine mangelhafte Theorie einen großen Krieg, Millionen von Hungertoten und noch mehr zerstörte Existenzen erlauben können oder durch eine Wachstumsideologie die eigene Lebensgrundlage zerstören. Ich meine nicht, dass in schnellerer Folge die Theorien ausgetauscht werden müssen, sondern, dass die

---

27 Ich weiß nicht recht, ob hier der Begriff *Paradigmawechsel* angebracht ist.  
<https://de.wikipedia.org/wiki/Paradigmenwechsel>

angewandte Theorie laufend auf Schwachstellen überprüft und Schwachstellen ausgetauscht werden müssen, bis ein Optimum erreicht wird.

Das klingt mir doch zu harmlos. An anderer Stelle habe ich geschrieben, dass allen ökonomischen Forschungsstellen die öffentlichen Mittel gestrichen werden, um die Ökonomen auf Trab zu bringen. Die Wirkung wäre vermutlich, dass die Karrieristen unter den Ökonomen sich absetzen würden und die wirklich ernsthaften Ökonomen durch bessere Ergebnisse ihrer Arbeit versuchen würden, das Renommee der Ökonomie zu retten. Den Parteien und Parlamenten müsste eine eindeutige Entscheidung für die Marktwirtschaft oder für die Zentralverwaltungswirtschaft abgerungen werden. In Jahresberichten, die der Mehrheit der Wähler verständlich sind, sollte die tatsächliche Entwicklung aufgezeigt werden. Wesentliche Maßnahmen und Gesetze, die die Ökonomie direkt oder indirekt berühren, sollten in ihrer Wirkung auf die Wirtschaftsordnung benannt und beschrieben werden.

Ich merke, meine Gedanken darüber, wie man die Ökonomie auf die Ebene befriedigender Leistungen bringen sollte, sind unbefriedigend und wirken hilflos. Der ganze staatliche Apparat ist ja durch die Hochschulen geprägt und die Funktionsträger in der Bürokratie und den Parlamenten sind emotional nicht in der Lage, gegen die Institutionen zu wirken, die sie geprägt haben. Auch die Überlegung, alle Hochschulen zu privatrechtlichen Institutionen zu machen und sie einem harten Wettbewerb auszusetzen, sind aus dem gleichen Grund nicht realisierbar. Ich vermute, dass unsere Ökonomen in dem westdeutsch geprägten Hochschulbetrieb in einer ähnlichen ideologischen Falle sitzen, wie einst die Ökonomen in der DDR.

Wenn Ingenieurwissenschaftler eine Maschine bauen, dann können sie das Optimum seiner Funktionen einfach durch das Experimentieren mit seinen Teilen herausfinden. Dieser Weg ist den Ökonomen verschlossen. Soweit sie empirisch vorgehen, müssen sie hauptsächlich Daten der Vergangenheit nutzen. Als nach dem Fall des eisernen Vorhanges in den Medien zu lesen war, dass Deutschland die Chance hätte, das nördliche Ostpreußen zurückzukaufen, habe ich meine Gedanken dahingehend formuliert, dass man aus dem Gebiet ein europäisches ökonomisches Experimentierfeld schaffen und den Bewohnern garantieren könnte, dass sie den praktischen Nutzen für sich behalten könnten und ihr ein möglicher Schaden, den sie durch ein Experiment erleiden würden, ersetzt bekämen. Nicht nur klarere Daten hätte man für die Wirtschaftswissenschaft gewonnen, sondern dieser Flecken Erde wäre dadurch zu ei-

nem Verbindungsglied zwischen Europa und Russland geworden.

Es gibt immer viel verdummende Wahlpropaganda der Parteien, aber so gut wie keine ernsthafte Arbeit an Modellen der theoretischen und praktischen Gesellschaftsgestaltung, an denen sich die Wähler orientieren könnten, um rationale Entscheidungen treffen zu können. Vermutlich unterbleibt diese Arbeit, weil die Parteien Angst haben, schlafende Hunde zu wecken.

## Der Green New Deal

Unterstellt, dass der Austausch von fossiler Energie gegen erneuerbare Energie aus ökologischen und klimatischen Gründen überlebensnotwendig ist, ist das Bemühen der GRÜNEN der Umsteuerung von fossiler auf erneuerbare Energie mehr als lobenswert, nämlich eine Notwendigkeit. Das Zusammentragen der Daten, die die Abhängigkeit der EU-Mitglieder von den Importen fossiler Energie aufzeigen durch Giegold und Mack ist dabei eine gute Hilfe, um zu verdeutlichen in welchem Umfang EU-Mitglieder von der importierten Energie (und anderen Rostoffen) abhängig sind. Diese Arbeit ist noch kein Fingerzeig auf die Lösung des Problems.

Die im Titel der Schrift benannte Rettung des Euro durch eine andere Wirtschaftspolitik, die als Green New Deal benannt wird, besteht nicht. Insofern ist das gut Gemeinte eben noch nicht das Gute. Aber die Verdeutlichung der Abhängigkeit von Oligopolisten, die die fossile Energie liefern, zeigt eben auch das ökonomische Problem auf, das den Unfrieden in unser Welt bringt. Bei Betrachtung dieses Störfaktors der nationalen und internationalen Wirtschaft wird deutlich, dass es auch aus ökonomischen Gründen notwendig ist, bei der Energie umzusteuern. Die Frage ist aber, wie das sinnvoll gemacht werden soll. Bisher wird die Umsteuerung im Rahmen der Politik, die mit dem Begriff *staatliche Interventionspolitik* richtig bezeichnet ist, versucht. Den einen verbietet man etwas, den anderen wird etwas erlaubt und bei der finanziellen Begünstigung und Belastung ist es auch so. Die Bereicherung der Landeigentümer, wo Windkraftanlagen genehmigt werden, wird nicht berücksichtigt. Auch wird nicht berücksichtigt, dass das große Geld wie bei der Kernenergie nur in die Windenergie investiert wird, wenn die Rendite stimmt. Die Rendite ist aber die Ursache für die viel erwähnte Schere zwischen Arm und Reich. Die Frage, wie das ordnungspolitisch wirkt, wird ebenfalls

nicht gestellt. Dabei ist es, auf den Streit um den Freihandel bezogen, wichtig zu erkennen, wo der Freihandel allen Ländern förderlich ist und wo er einzelne Länder oder in den Ländern einzelne Gruppen benachteiligt.

Auch müssen die ökologischen Belange des Freihandels stärker berücksichtigt werden und vor allem, die Auswirkungen des Transports. Zu meiner Zeit als Seemann war es z. B. noch üblich, Abfälle, die auf dem Schiff anfielen, nicht ordnungsgemäß an Land zu entsorgen, sondern sie bei Liegezeiten im Hafen an Bord zu sammeln und auf See über Bord zu kippen. Auch öliges Bilgenwasser und anderes landete im offenen Fahrwasser. Hier hat es wohl eine Wandlung in der Beurteilung und Praxis der Entsorgung gegeben. Es ist aber nur das kleinere Problem des Außenhandels. So wie mit der Arbeitsplatzsicherung oder -schaffung, die Rüstung gerechtfertigt wird, so auch der Gigantismus im Außenhandel und sein Transport. Mir erscheint es z. B. nicht sinnvoll, die Elbe noch weiter zu vertiefen, damit noch größere Schiffe mit noch mehr Waren in Hamburg landen können, die genauso gut oder besser hier hergestellt werden könnten und die nur hier eine Absatzmöglichkeit haben, weil sie an anderen Orten ohne Rücksicht auf die ökologischen Erfordernisse unter sklavenähnlichen Bedingungen produziert werden und hier dann aufgrund der Herstellungsbedingung zu Preisen verkauft werden, die kein einheimisches Unternehmen bieten kann.<sup>28</sup> Ganze Unternehmen und Berufsgruppen werden dadurch aus dem Markt gedrängt. Das ist auch die Kehrseite des Erfolgs des deutschen Maschinenbaus. Andererseits hat es bei dem Stand der Technik und dem Grad der Arbeitsteilung keinen Sinn, dass Länder die Autarkie anstreben. Dieser Weg dürfte den meisten Ländern versperrt sein. Wichtig scheint mir aber, dass die Kosten des Transports (und hier nicht nur die Betriebskosten, sondern auch die Kosten der Umweltschädigung, ihrer Eindämmung und Beseitigung) des nationalen und internationalen Güterausstausches sich in den Preisen der betreffenden Güter, die gehandelt werden, widerspiegeln. Nur so lässt sich eine regionale Wirtschaft stärken und der Gütertransport ohne Nachteil für die Gesamtwirtschaft eindämmen und auf die ökologischste Spur umlenken.

Mehr als problematisch erscheint mir, die Praxis einer internationalen Arbeitsteilung, die darin besteht, dass Urwälder gerodet oder Kleinbauern das Land genommen wird, um Futtermittel für die Fleischproduzenten<sup>29</sup> in anderen Ländern zu erzeugen, die in Folge dort die

---

28 Das gilt für jedes andere Land auch.

29 Ich habe das Wort *Tier* bewusst vermieden, weil es als Lebewesen in diesem Prozess nicht mehr vorkommt. Anmerkung: Das ist kein Urteil eines Vegetariers.

Böden vergiften, um dann das Fleisch in Drittländer mit der Folge zu exportieren, dass in den betreffenden Importländern die heimische Landwirtschaft das Leben schwer zu gemacht oder gar die Existenz vernichtet wird.

Besonders den Steuern und Zöllen ist im internationalen Handel in Bezug auf ihre Wirkung große Aufmerksamkeit zu widmen. Zölle sollten nie für die Finanzierung von Staatsausgaben erhoben werden, sondern höchstens bei genauer Prüfung zur Abwehr von Waren zu Dumpingpreisen aus dem Ausland. Schutzzölle für die einheimische Wirtschaft, die unter gleichen Bedingungen produziert, wie die ausländische Konkurrenz, sind praktisch eine Kriegserklärung. Ein Glücksfall ist dann, wenn dieser Krieg kalt ausgetragen wird.

1972 hat Karl Walker, der ein umfangreiches wissenschaftliches Werk zur Ökonomie und Gesellschaft hinterlassen hat, ohne eine Chance gehabt zu haben, eine Hochschule zu absolvieren, eine Arbeit zur Wirkung der Mehrwertsteuer vorgelegt. Der Titel lautet „Milliarden-Vergeudung durch Mehrwertsteuer“. Obwohl ich in diesen Gedankengängen nicht zu Hause bin, habe ich – auf die Klarheit der Gedankenführung von Walker vertrauend – versucht, die Politiker auf diese Arbeit aufmerksam zu machen. Nachdem Walker im Dezember 1975 verstorben war, habe ich die Restauflage in den Bibliotheken norddeutscher Universitäten (ohne Wirkung) abgeliefert. Wenn Walker recht hat, dann hat die Mehrwertsteuer die Förderung des deutschen Exports, die vorher der Ankaufszwang der Devisen durch die Deutsche Bundesbank bei Bezahlung mit einer unterbewerteten DM ausgeübt hat, abgelöst. Außer einem Brief, in dem der Schreiber Bedenken gegen Walkers Darstellung vortrug, ist mir noch keine Widerlegung zu Walkers Thesen zu Gesicht gekommen. Es folgt ein kleiner Ausschnitt aus Walkers Hinweisen aus dem Jahr 1972. Er hat die einzelnen Absätze mit einer Textziffer gekennzeichnet. Bereits im Dezember 1966 hat er die Kernaussagen seiner Schrift dem Deutschen Bundestag als Denkschrift eingereicht:

#### b) Ein neues Instrument des Protektionismus?

94) Im Hinblick auf die allgemeine internationale Handhabung des Mehrwertsteuer-Systems muß damit gerechnet werden, daß die in den genannten Steuerungs-Praktiken zutage getretenen Überlegungen auch anderweitig aufkommen dürften, resp. bereits aufgekommen sind. Daraus ergibt sich eine allgemeine Tendenz zur Steigerung der Steuersätze. Je höher der Steuersatz, desto wirksamer die Exportförderung und Importhemmung.\*) Dieser Entwicklungstrend befindet sich gegenwärtig noch im Anfangsstadium; aber schon jetzt sind Steuersätze mit offener Bezugnahme auf die Notwendigkeit der Exportförderung erhöht

worden (Dänemark, Holland). - Es kommt anstelle der alten Zollpolitik ein neues Instrument zur Herbeiführung von Handelshemmnissen auf. Ganz gewiß darf man annehmen, daß der Lernprozeß bezüglich der Handhabung des neuen protektionistischen Instruments unter den verschiedenen Staaten - wenn das System in seiner heutigen Form weiterbestehen bleiben sollte - noch Fortschritte machen wird.

\*) Ein französischer Automobilkonzern erzielt 15,7 Mrd. Franc Umsatz (einschl. der in Frankreich auf Autos entfallenden TVA von 25<sup>ob)</sup>, 680 000 Fahrzeuge oder ca. 60 Prozent der Produktion entfallen auf den „beträchtlich gestiegenen Export“, was in der zugrunde gelegten Brutto-Rechnung ca. 9,4 Mrd. Franc Ausfuhrlieferungen mit einer rechnerischen Steuer-Erstattung von 2,34 Mrd. Franc sein mußte. (Bericht aus der F.A.Z. 9. 7. 71). Bleibt abzuwarten, wie es weitergeht, wenn der Wettlauf der Steuersatz-Erhöhungen in Gang gekommen sein wird. -

Nicht nur die EWG-Staaten werden dann mit dem „exakten Grenzgleich“ spielen, sondern auch die anderen werden es erlernen.

95) Diese anderen unterstehen aber nicht der EWG - und als Nicht-Mitglieder auch nicht den Brüsseler Harmonisierungs-Beschlüssen und -Geboten. Sie können also mit der Höhersetzung des eigenen nationalen Steuersatzes die harmonisierten Steuersätze der EWG unterlaufen. Wer dem Exporteur an der Grenze 20 oder 25 Prozent „erstatten“ kann, weil dies der nationale Mehrwertsteuersatz ist, der kann die bei 16 oder 18 Prozent harmonisierten EWG-Staaten im Export bequem unterbieten und im Import abwehren.

96) Der Erstattungsanspruch muß freilich - um im Rahmen der gängigen Rechtfertigungs-Argumentation gegenüber den zurecht-gedeuteten Bestimmungen des GATT zu bleiben - immer den inländischen Mehrwertsteuersätzen als dem „allgemeinen Verbrauchsteuersatz“ entsprechen. - Aber hieraus ergibt sich wieder die Zwangsläufigkeit, daß die weitaus wichtigere und auch umsatzstärkere einheimische Wirtschaft überall den Außenhandelszielen untergeordnet und überfordert werden müßte.

97) Eine Harmonisierung innerhalb der EWG würde also zunächst noch keine Harmonisierung der Handhabung des Systems im ganzen Kreis aller Mehrwertsteuer-Staaten bewirken. Es wäre töricht, so etwas zu erwarten; denn wenn einmal deutlich geworden und erprobt ist, daß mit der Veränderung der Steuersätze Ausfuhrförderung und Einfuhrdrosselung bewirkt werden können, dann ist es naheliegend, die Handlungsfreiheit nicht preiszugeben. Folglich kann sich diese Überlegung - wenn sie nicht dem einen oder anderen zu spät kommt - in gegebenen Fällen auch als Empfehlung auswirken, der EWG nicht beizutreten, - das Mehrwertsteuer-System aber nach eigenem Ermessen dennoch zu praktizieren.

Es ist kaum anders zu erwarten, als daß Angriff und Abwehr in einem so entstehenden Handelskrieg in ein gegenseitiges Hinaufsteigern der Steuersätze auslaufen würden. Dabei wäre es freilich noch eine offene

Frage, bis zu welchem Punkt die Rigorosität der damit verbundenen steuerlichen Umverteilung innenpolitisch ertragen würde. (S.47 f.)

Es ist ja möglich, dass Walkers Darstellung Denkfehlern unterliegt, aber es ist ein Versagen der betroffenen Ministerien (Wissen, Finanzen, Wissenschaft) und den entsprechenden Forschungsinstituten, solche Aussagen, die außerhalb des gewohnten Denkens liegen, nicht zu überprüfen. Denn haben nicht alle Mitarbeiter dieser Institutionen geschworen, Schaden vom Volk abzuwenden?

### Nun zu der Schrift von Giegold und Mack im engeren Sinne.

Die Grundthese der Schrift, die da lautet: "Ohne Green New Deal - keine Eurorettung." ist falsch. Sie ist genauso falsch, wie die Annahme, dass die Verschuldung der EU-Staaten den Euro kaputt machen (können). Die letztere Feststellung gilt jedenfalls so lange, wie EZB die Verschuldung nicht mit der Notenpresse ermöglicht. Gutwillige Politiker sind hier einfach Opfer, der mangelnden Theoriebildung der Wirtschaftswissenschaften. Leidtragende sind aber nicht nur die Politiker, sondern alle Bürger und das Projekt *geeinigtes Europa*.<sup>30</sup>

Wer seinen eigenen Kopf anstrengt und sich nicht nur auf ökonomische Lehrbücher verlässt, wird feststellen, dass die Zusammenhänge, die zu einer stabilen, sachgerechten Währung führen, viel einfacher sind, als sie allgemein diskutiert wird.<sup>31</sup> Ich kann und will hier nicht eine komplette Währungstheorie referieren, aber das Wesentliche ist auch mit folgenden Sätzen gesagt:

Die Kaufkraft einer Währung ist dann stabil, wenn die nachfragende Geldmenge bei konstanter Umlaufgeschwindigkeit im vollen Umfang im Gleichgewicht gehalten wird mit den Gütern, die im Markt sind. Die Güter, die noch nicht marktreif sind oder den Markt schon durchlaufen haben, können zwar in der jeweiligen Währung bewertet werden, haben keinen Einfluss auf die Stabilität. Komplizierter wird es scheinbar, wenn das sogenannte Giralgeld fälschlicherweise zur Geldmenge hinzugezählt wird und den Geschäftsbanken unterstellt

---

30 Ich habe nicht vereinigtes Europa geschrieben, weil hier die Zentralisten, die das Projekt Europa mehr verhindern als fördern und letztlich auch für den Brexit verantwortlich sind, gleich wieder Morgenluft wittern.

31 Manchmal kann man den Eindruck haben, dass es nicht gewollt wird, dass die Bürger den Durchblick über die Währungszusammenhänge (und Bodenrecht) bekommen und so zu Herren ihrer eigenen Ökonomie werden könnten. Das klingt nach einer Verschwörungstheorie. Ist aber nicht so gemeint. Auch wenn es Verschwörer geben mag, ihre Macht hängt von der Nichtaufklärung in den Bildungsinstitutionen und von jener der Wirtschaftsjournalisten und den Medien im weiteren Sinne ab. Es sind letztlich die Vorstellungen in unseren Köpfen, die die gesellschaftlichen Strukturen und Institutionen prägen.

wird, sie könnten dieses Giralgeld aus dem Nichts schöpfen. In Wirklichkeit ist das Giralgeld nur eine Forderung auf Geld. Diese Forderungen der Kunden gegenüber den Banken können allerdings als Zahlungsmittel eingesetzt werden. Sie vermehren aber nicht das Geld, sondern verkürzen und beschleunigen nur den Weg des (Bar-)Geldes vom Schuldner zum Gläubiger (oder vom Käufer zum Verkäufer). Der Giroverkehr ist somit ein Faktor der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, den die Notenbank bei der Geldmengenregulierung berücksichtigen kann.<sup>32</sup> Nicht nur für die Herstellung und Wahrung der Preisniveaustabilität ist es wichtig, dass der Geldumlauf stabil ist, sondern auch für die Konjunktur. Nur wenn alle Einkommen wieder zur Nachfrage werden, kann es eine Vollbeschäftigung geben. Und eine Vollbeschäftigung beschleunigt die Kapitalbildung mit der Wirkung, dass der Preis für die Bereitstellung von Kapital in Geldform sinkt und damit das Einkommen der Arbeit in der Summe steigt. Helmut Creutz (auch ein Akteur aus der Gründungszeit der grünen Partei) hat es im Rentenalter unternommen, diese Zusammenhänge zu erforschen und zu beschreiben und damit die Lücke in der Darstellung der Wirkungen von Geld und Zins, die die hauptamtlichen Ökonomen nicht füllen wollten oder konnten, geschlossen.<sup>33</sup>

Ich sage damit nicht, dass die Abhängigkeiten der EU-Mitglieder (und hier besonders jener, die sich dem Euro angeschlossen haben) von fossiler Energie und anderen Rohstoffen und die Verschuldung von Staaten kein Problem ist, sondern nur, dass dieses Problem kein Problem der Währungsstabilität ist. Für die Währungsstabilität liegen die Gefahren in falschen Vorstellungen von dem, was eine Währung ausmacht und leisten kann und hier vor allem im Fehlen einer Umlaufsicherung des Geldes, die erst eine genaue Steuerung der Geldmenge als Voraussetzung der Geldwertstabilität ermöglicht.

Wie wirken nun Ölpreiserhöhungen auf die Geldwertstabilität? Gar nicht, wenn die betreffende Notenbank diese nicht mit zusätzlichem Geld unterfüttert, damit sind sie aber nicht problemlos. Wir kommen hier zu dem Thema „Wirkungen von Kartellen, Spekulationen und kriegerischen Handlungen auf das Preisgefüge der Volkswirtschaften in einem Währungsbe- reich“. In jedem Markt, sei er lokal, national oder international, bildet sich eine Interdependenz oder eine Hierarchie der Preise heraus. Gestört werden kann diese Hierarchie durch Kartelle, spekulative Verknappung bestimmter Güter oder durch eine erhöhte Vorratshaltung

32 Die Banken leiden durch die falschen Annahmen unter Verdächtigungen und Regulierungen. Das ist von der Sache her gesehen falsch, von ihrem Verhalten her gesehen aber richtig, solange sie sich nicht selber bemühen, die nötigen Einsichten in die Zusammenhänge zu verstehen und das Publikum darüber aufzuklären.

33 Siehe: [www.helmut-creutz.de](http://www.helmut-creutz.de) und „Das Geldsyndrom – Wege zu einer krisenfreien Wirtschaftsordnung“ in drei verschiedenen Auflagen. Zuletzt in einer aktualisierten Auflage von 2012.

der erzeugenden Unternehmen und der privaten Haushalte. Wenn die Notenbank einen konsequenten Kurs der Preisniveaustabilität fährt, bedeutet das, dass Ölkartelle und Spekulanten, die das Angebot bestimmter Güter verknappen, die angestrebten erhöhten Preise aufgrund ihrer Marktmacht nur zu Lasten der Preise von Gütern durchsetzen können, die in der Bedeutung für die Käufer ein geringeres Gewicht haben. Das bedeutet, es muss sich eine neue Hierarchie der Preise bilden. Das kann nicht ohne Verluste in einzelnen Branchen bleiben, denn die Unternehmen haben ja ihre Aktivitäten in der abgelösten Preishierarchie geplant. Die erhöhte Vorratshaltung aus Angst auf unternehmerische Seite und bei den privaten Haushalten ist dabei harmloserer Druck auf das Preisgefüge. Da die Vorratshaltung endlich und teuer ist erzeugen sie nur ein kurzes Flackern, wenn man sich die Preishierarchie als einen Kegel aus tausenden Lichtquellen vorstellt. Wenn die Notenbank die beschriebenen Wirkungen vermeiden will – dazu bräuchte sie ein spezifisches Mandat des Gesetzgebers, dann könnte sie das nur durch eine Inflationierung der Währung, die zu Lasten aller Einkommensbezieher und Gläubiger geht, aber letztlich ein neues Preisgefüge nicht verhindern kann.<sup>34</sup> Jede Art von Kartellen, seien sie national oder übernational und jeder spekulative Eingriff in das Angebot und die Nachfrage, die einen höheren Preis für bestimmte Güter bewirken sollen, die innerhalb von Volkswirtschaften vorkommen, sind keine Privatangelegenheit und bei Vorkommen von übernationalen Kartellen sind diese keine innerstaatlichen Angelegenheiten der Länder mehr, die daran beteiligt sind. Die Frage von übernationalen Kartellen ist leicht eine Frage von Krieg und Frieden und internationalen Unternehmen, die eine marktbeherrschende Position erlangen, können von der Kontrolle ihres Wirkens nicht ausgeschlossen werden.

Ich will noch auf einen andern Aspekt der einseitigen Abhängigkeiten von Volkswirtschaften, die von anderen Volkswirtschaften, die auf fossilen Energien oder Rohstoffe sitzen, abhängig sind, aufmerksam machen. Dieser Aspekt hat eine menschenrechtliche wie auch eine ökonomische Dimension. In der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte / Resolution 217 A (III) der UN vom 10.12.1948“ heißt es im Artikel 7:

Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede Diskriminierung, die gegen diese Erklärung verstößt, und gegen jede Aufhetzung zu einer derartigen Diskriminierung.  
<http://www.ohchr.org/EN/UDHR/Pages/Language.aspx?LangID=ger>

<sup>34</sup> Man darf sich das Preisgefüge nicht als starres System vorstellen. Jede signifikante längerfristige Änderung der Nachfrager und Anbieter prägt das Preisgefüge mit oder um.

Dieser Artikel bleibt eine Seifenblase, wenn die Erde nicht als Existenzgrundlage aller Menschen aufgefasst wird. Gesell beschreibt die Erfordernisse, die dem Artikel der Menschenrechte Leben einhauchen, in der *Natürlichen Wirtschaftsordnung* im Kapitel *Freiland*<sup>35</sup> unter der Zwischenüberschrift *Der Sinn des Wortes Freiland*.<sup>36</sup> (zeitlich vor der Formulierung der Menschenrechte geschrieben) wie folgt:

1. Der Wettstreit unter den Menschen kann nur dann auf gerechter Grundlage ausgefochten werden und zu seinem hohen Ziele führen, wenn alle Vorrechte auf den Boden, private wie staatliche aufgegeben werden.

2. Der Erde, der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen – ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. Und dort soll er den Altangesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle sind Altangesessene dieser Erde.

3. Der Begriff Freiland läßt keinerlei Einschränkungen zu. Er gilt unbeschränkt. Darum gibt es der Erde gegenüber auch keine Völkerrechte, keine Hoheitsrechte und Selbstbestimmungsrechte der Staaten. Das Hoheitsrecht über den Erdball steht dem Menschen, nicht den Völkern zu. Aus diesem Grunde hat auch kein Volk das Recht, Grenzen zu errichten und Zölle zu erheben. Auf der Erde, die wir uns im Sinne von Freiland nur als Kugel vorstellen können, gibt es keine Waren-Ein- und Ausfuhr. Freiland bedeutet darum auch Freihandel, Weltfreihandel, die spurlose Versenkung aller Zollgrenzen. Die Landesgrenzen sollen nur einfache Verwaltungsgrenzen sein, etwa wie die Grenzen zwischen den einzelnen Kantonen der Schweiz.

4. Es folgt aus dieser Freiland-Erklärung auch ohne weiteres, daß die Ausdrücke "englische Kohle, deutsches Kali, amerikanisches Petroleum" usw. nur die Herkunft dieser Erzeugnisse bezeichnen sollen. Es gibt keine englische Kohle und kein deutsches Kali. Denn jeder Mensch, gleichgültig welchem Staate er angehört, hat das gleiche Recht auf die "englische Kohle", das "amerikanische Erdöl" und das "deutsche Kali".

5. Die Übergabe des Bodens an die Bebauer erfolgt auf dem Wege der öffentlichen Pachtversteigerung, an der sich jeder Mensch beteiligen kann, und zwar ausnahmslos jeder Bewohner der Erdkugel.

6. Das Pachtgeld fließt in die Staatskasse und wird restlos in Monatsbeträgen unter die Mütter nach der Zahl der Kinder verteilt. Keine Mutter, einerlei woher sie kommt, kann von diesen Bezügen ausgeschlossen werden.

<sup>35</sup> Es ist ein Begriff, der von Theodor Hertzka „Freiland ein sociales Zukunftsbild“, 1889, übernommen wurde.

<sup>36</sup> Silvio Gesell, *Gesammelte Werke*, Band 11, Seite 72 auf der CD.

7. Die Einteilung des Bodens richtet sich ganz nach den Bedürfnissen der Bebauer. Also kleine Ackerteile für kleine Familien und große Ackerteile für große Familien. Auch große Landstrecken für Genossenschaften, für kommunistische, anarchistische, sozialdemokratische Kolonien, für kirchliche Gemeinden.

8. Die Völker, Staaten, Rassen, Sprachgemeinschaften, religiösen Verbände, wirtschaftlichen Körperschaften, die auch nur im geringsten den Freilandbegriff einzuengen suchen, werden geächtet, in Bann getan und für vogelfrei erklärt.

9. Die Ablösung der heutigen Privatbodenrente erfolgt auf dem Wege der vollen Entschädigung durch Ausgabe einer entsprechenden Summe von Staatsschuldscheinen.

Wieweit und unter welchen Bedingungen Gesell Anforderungen an einenm Katalog der allgemeinen Menschenrechte realisiert werden können, will ich hier nicht versuchen zu hinterfragen. Hier will ich nur darauf hinweisen, dass aus dem Forderungs- oder Rechkatalog Gesells hervorgeht, dass der Freihandel nicht bedingungslos ist oder sein kann. Der Anlass dafür, dass ich hier auf Gesell zurückgreife, ist der 4. Punkt aus seiner Definition des Wortes "*Freiland*". Da die Erde für alle Menschen die Existenzgrundlage ist, haben sie das Eigentum an dem, was die Natur ihnen als Schätze bietet, auch zu teilen. Da nicht alle Menschen die gleiche Parzelle, die gleiche Quelle, die gleiche Grube, den gleichen Luftraum oder die gleichen Fischgründe nutzen können, muss der Nutzen, den die Erde den Menschen zur Verfügung stellt, den Menschen im unterschiedlichen Umfang zukommt und nicht durch ihre eigene Arbeit geschaffen wird, durch einen finanziellen Ausgleich egalisiert werden. Das Interesse an der Nutzung darf dabei aber nicht ausgeschaltet werden. Es ist doch einsehbar, dass ein solcher Interessenausgleich die Abhängigkeit der rohstoffarmen Länder von ausländischen Rohstoffquellen ihren Schrecken verlieren und die Neigung zu Kartellbildung durch rohstoffreiche Länder ihren Reiz verlieren würden. Für den Bereich der Nutzung der Meere durch den Fischfang, der in Afrika ein großes Problem geworden ist, weil die industrialisierten Länder mit großen Schiffseinheiten und viel Technik, den Afrikanern den Fisch wegfangen, habe ich 1980 für die Programmdiskussion unter der Gliederungsziffer 3.3.2.5 *Landwirtschaft und Fischerei* folgendes vorgeschlagen:

Der Raubbau an den Fischbeständen durch Einsatz von massenhaftem Einsatz von Großschiffeinheiten ist genauso unerträglich wie die willkürliche Ausdehnung der nationalen Hoheitszonen. Beide Maßnahmen sind dem Völkerfrieden abträglich. Die Chancengleichheit der Fischer ver-

schiedener Nationen ist zu wahren oder wieder herzustellen. Dies kann z. B. dadurch geschehen, daß die von internationalen Gremien festgesetzten Fangmengen meistbietend mit bestimmten Auflagen z. B. Der Maschengröße der Netze versteigert werden. Die eingenommenen Gelder werden dann für den Bestandsschutz oder die Bestandsvermehrung (z. B. durch Fischzucht-Pilotprojekte) eingesetzt. Die Verwertung von hochwertigem Speisefisch für Mastzwecke muß durch den Abbau landwirtschaftlicher Subventionen erschwert werden. Die Beeinträchtigung der Fischvermehrung durch die Meeresverschmutzung muß durch einen besseren Meeresschutz abgebaut werden.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/2.0%20ddw%20Gruene%201980%20neu%2012.%202003.pdf>

Wie ist die Situation der vom Öl und anderen Rohstoffen abhängigen Länder? Neutral gesagt, sie schaffen den ökonomischen Reichtum der an Rohstoffen (besonders an Öl) reichen Länder und den der Aktiengesellschaften, die sich die Rohstoffquellen angeeignet haben. Das Öl zum Beispiel wird Ländern, die kein oder zu wenig Öl haben, zu einem Monopolpreis abgekauft, ein nicht geringer Teil ihrer Wertschöpfung wird dadurch auf die Ölförderländer übertragen. Die Prachtbauten auf der arabischen Halbinsel wurden z.B. durch die ölarmen Ländern finanziert. Das ist aber noch die harmlosere Ausbeutung der Länder ohne oder zu wenig Öl. Wenn die Ölförderländer ihre im Ausland erarbeiteten Überschüsse nicht verprassen und auch nicht in Prestigebauten unterbringen sondern in Unternehmen der Ölimportländer anlegen, dann ist dadurch unter den gegebenen Bedingung eine Dauerausbeutung der Arbeit geworden, die mit Mitteln der Besteuerung nicht kompensiert werden kann. Es darf eben nicht vergessen werden, dass die Rendite der Investoren (das waren früher Finanziers) nicht der liebe Gott bei steuert, sondern eine Minderung des Arbeitseinkommens darstellt.

Der beschriebene Komplex gehört zum Thema Rentenökonomie. Der Begriff soll vermutlich den Begriff Kapitalismus ablösen, weil dieser zu vieldeutig geworden und als Wort des politischen Kampfes belastet ist. Die meisten Ökonomen ignorieren die geschilderten Probleme oder bauen sie so in ihre Modelle ein, dass sie ihren Schrecken verlieren. Zu den Ausnahmen unter den Ökonomen gehört der schon erwähnte Professor Michael Hudson und hier in Deutschland ist es Professor Dirk Löhr u.a. mit seinem Buch „Prinzip Rentenökonomie / Wenn Eigentum zu Diebstahl wird. Es enthält ein Geleitwort von Gerhard Scherhorn“.<sup>37</sup>

> Ökonomische Renten: Dies sind Erträge, denen keine Kosten gegenüberstehen - wenigstens einzelwirtschaftlich. Allerdings gibt es nichts umsonst. Irgendjemand wird immer belastet, und sei es durch Verzichtskosten. <

<sup>37</sup> Er war auch Rektor der HWP (vormals AWP) in Hamburg. [https://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard\\_Scherhorn](https://de.wikipedia.org/wiki/Gerhard_Scherhorn)

Im FAIRCONOMY-Newsletter Nr. 63, Juli 2017 ( Kontakt über [www.inwo.de](http://www.inwo.de) ) ist zu lesen:

*Dirk Löhr & Fred Harrison* (Hg.): **Das Ende der Rentenökonomie - Wie wir globale Wohlfahrt und eine nachhaltige Zukunft bauen können**

*Verlagstext:* Dieses Buch handelt von einem gleichzeitig alten wie neuen ökonomischen Paradigma, der „Geoklassik“.<sup>38</sup> Spätestens seit der Wirtschaftskrise 2008 sind die herkömmlichen Wirtschaftswissenschaften unglaublich geworden. Die ökonomische Erde in diesem durch die neoklassische Theoriewelt geprägten Fach ist eine Scheibe. In „Das Ende der Rentenökonomie“ stellen 13 Beiträge dar, wie die Arbeiten der alten klassischen Ökonomen durch die Neoklassik pervertiert und im Interesse mächtiger Interessengruppen instrumentalisiert wurden.

Und hier ein Link zur Person und ihrem Blog:

[https://de.wikipedia.org/wiki/Dirk\\_L%C3%B6hr](https://de.wikipedia.org/wiki/Dirk_L%C3%B6hr) / <https://rent-grabbing.com/>

In dem Denktzettel zur Energiepolitik, den ich im September 1977 für den Landesfachausschuss Wirtschaft der FDP Niedersachsen fertigte, schrieb ich zum Schluss unter Punkt 18<sup>39</sup>

Wenn wir unkontrollierte Entladungen vermeiden und den internationalen chancengleichen Wettbewerb ermöglichen wollen, dann kommen wir nicht umhin, den Förderzins für Öl, Gas, Uran und andere Rohstoffe nach Abzug nationaler Kosten zu internationalisieren, d.h. Erdöl, Kohle etc. gehört nicht nur den Arabern, Amerikanern, Deutschen usw. sondern allen Menschen. Hier ist einer der wenigen Fälle, wo es eine ökonomisch gerechtfertigte Einkommensumverteilung geben könnte. Die EWG, die freie Welt, die ganze Welt hätten hier eine Möglichkeit für einen sinnvollen Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern vorzunehmen.

Es ist völlig nebensächlich, ob mein hier abgeschlossener Text gefällt oder zerrissen wird, wichtig ist nur, dass sich mehr Bürgerinnen und Bürger nicht länger auf die Wirtschaftspolitiker, -wissenschaftler und -berichterstatter verlassen, sondern sich der Mühe unterziehen, den Themenkomplex selber zu durchdenken. Für mich steht fest, der Nationalsozialismus hätte keine Chance gehabt, wenn die Demokraten die Erkenntnisse Gesell angewendet hätten. Nachdem Zweiten Weltkrieg haben die Deutschen, die Chance gehabt, durch die Vollendung der Idee von der Sozialen Marktwirtschaft und deren Anwendung, einiges an Schuld abzutragen, die sie sich in der Nazizeit aufgeladen haben. Sie haben die Chance nicht genutzt und es besteht keine Hoffnung, dass der nächste Bundestag, das Versäumte nachholt.

---

38 Ich habe über eine Mailingliste beim Autor angefragt, ob hier ein Schreibfehler vorliegt und es statt Geoklassik nicht Neoklassik heißen müsste. Der Verfasser antwortete:

Hallo zusammen, nein, "Geoklassik" ist schon richtig. Das ist das Anknüpfen an die Gedanken der klassischen Ökonomen v.a. bezüglich der Bedeutung des Raumes, was eben von der Neoklassik vernachlässigt wurde. In Deutschland natürlich unbekannt.

39 Der ganze Text ist in der Datei mit der Textziffer 149.1 zu finden.